

**Mittelfristige Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2012-2016**

Juli 2012

SPERRFRIST: Donnerstag, 26. Juli 2012, 11:00 Uhr

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2012-2016

Jahresmodell LIMA/05
Juli 2012

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Helmut Hofer
Christian Keuschnigg
Robert M. Kunst
Philip Schuster
Wolfgang Schwarzbauer
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Christian Keuschnigg
☎: +43/1/59991-125
email: keuschnigg@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Wolfgang Schwarzbauer
☎: +43/1/599 91-112
email: schwarzba@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	17
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	18
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	20
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	21
	Abbildung: Produktionslücke	22
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	23
	Abbildung: Wachstumsraten von BIP und Bruttoinvestitionen, real	25
	Abbildung: Inflationsrate in Österreich	29
5.	Monetäre Prognose	31
	Tabelle: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken	31
	Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen	32
	Tabellenanhang	33

1. Einleitung und Zusammenfassung

Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum sichern

Angesichts der hohen internationalen Verflechtung hängt das Wachstum in Österreich sehr von den Entwicklungen im Ausland ab. Gegenwärtig stellt die Vertrauenskrise im Euroraum das größte Risiko für die österreichische Wirtschaftsentwicklung dar. Das Institut geht aber davon aus, dass die bisher erfolgten und weiteren Strukturanpassungen einen langsamen Abbau der Ungleichgewichte ermöglichen und mit neuen Reformen die europäische Banken- und Staatsschuldenkrise gemeistert wird. Die negativen Effekte auf die Finanzmärkte und die Realwirtschaft sollten im Prognosezeitraum abklingen und von einer wirtschaftlichen Erholung abgelöst werden. In den Jahren 2012 bis 2016 wird daher das Bruttoinlandsprodukt real um durchschnittlich 1.7 % pro Jahr wachsen. Die mittelfristige Vorausschau übernimmt die Werte der kurzfristigen IHS-Prognose vom Juni für die Jahre 2012 und 2013 und erweitert den Prognosehorizont bis 2016. Ausgehend von 0.8 % und 1.7 % in den Jahren 2012 und 2013 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von rund 2 %. Insgesamt fällt das Wachstum um einen halben Prozentpunkt kräftiger als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre aus. Ein Teil davon ist dem Aufholprozess nach dem starken Produktionseinbruch von 2009 gutzuschreiben. Auch in den nächsten Jahren wird die Wirtschaftsleistung in Österreich deutlich schneller als im Euroraum (1.1 %) zulegen.

Als Teil der mittelfristigen Prognose schätzt das Institut das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft, das ist die bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbare Produktion, die mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt möglich ist. Im Zuge der „großen Rezession“ hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials abgeschwächt und 2011 rund 1.5 % betragen. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte das Wachstum des Produktionspotenzials wieder etwas ansteigen und im Jahr 2016 1.8 % erreichen. Ausgehend von einer negativen Produktionslücke von 0.7 % im Jahr 2011 sollte das reale Bruttoinlandsprodukt etwas stärker als das Produktionspotenzial steigen, sodass die Produktionslücke bis zum Ende des Prognosezeitraums geschlossen ist.

Die Industrieländer expandieren im Prognosezeitraum verhalten und begrenzen damit auch die Expansion in Österreich. In den Schwellenländern bleibt die Wirtschaftsdynamik vergleichsweise hoch (China 8.4 %). Für die USA wird mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.4 % gerechnet. Dagegen dämpft die Krise im Euroraum das Wirtschaftswachstum auf den zentralen europäischen Absatzmärkten Österreichs (EU-27 1.3 %, Euroraum 1.1 %). Das Wirtschaftswachstum in Südeuropa dürfte sich spätestens 2014 wieder merklich beschleunigen. Das Institut geht von einem durchschnittlichen Rohölpreis von 121 US-Dollar je Barrel aus. Hinsichtlich des Euro/Dollar-Wechselkurses wird ein Wert von 1.25 unterstellt.

Je länger der Prognosezeitraum ist, desto größer sind die Prognoseunsicherheiten. Das größte Risiko geht von der Staatsschulden- und Finanzkrise im Euroraum aus. Eine langandauernde Phase mit Spekulationen über den Austritt einzelner Länder oder, im unwahrscheinlichsten Fall, ein Auseinander-

brechen des Euroraums würde zu einer starken Rezession führen. Eine solche Entwicklung würde sich auch auf andere Regionen auswirken, die Dynamik der Weltwirtschaft markant bremsen und negativ auf die österreichische Wirtschaft zurückwirken. Problematisch ist auch die hohe Verschuldung in den anderen Industriestaaten. Die USA und Japan müssen glaubwürdige mittelfristige Pläne zur Reduzierung ihrer Staatsschulden ausarbeiten und diese auch implementieren. Ein Ausbleiben der Budgetkonsolidierung und die damit verbundene höhere Schuldenquote könnte die Wachstumsrate des Produktionspotenzials in diesen Volkswirtschaften verringern. Verbessern sich die Zukunftseinschätzungen von Unternehmen und Konsumenten jedoch stärker als hier unterstellt, dann könnte die Wirtschaftsentwicklung besser verlaufen.

Der reale private Konsum in Österreich stabilisiert die Konjunktur. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1.1 %. Im Großen und Ganzen folgt der Konsum der Einkommensentwicklung. Ausgehend von einem für österreichische Verhältnisse geringen Niveau von 7.5 % im Vorjahr wird die Sparquote erst gegen Ende des Prognosezeitraums wieder leicht ansteigen und 2016 8.4 % betragen.

Die Investitionen hängen neben den Kapitalkosten von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Marktwachstum ab. Im Einklang mit den generellen Wirtschaftsaussichten bleibt die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum verhalten. Die Bruttoanlageinvestitionen werden pro Jahr um durchschnittlich 2 % zulegen. Dabei ziehen die Ausrüstungsinvestitionen mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.4 % etwas stärker als die Bauinvestitionen an. Diese werden um 1.7 % ausgeweitet, wobei die öffentliche Bautätigkeit schwach bleibt.

Im Vergleich zu der von der „großen Rezession“ geprägten vergangenen Fünfjahresperiode verbessern sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die österreichische Exportwirtschaft. Die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR werden in den nächsten fünf Jahren um durchschnittlich 5.1 % zunehmen, die Warenexporte um 5.7 %. Die unterstellte Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar stützt dabei die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Für die realen Importe im weiteren Sinne laut VGR wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 4.6 % erwartet, die Warenimporte steigen um 4.8 %. Damit geht vom Außenhandel ein markanter positiver Wachstumsbeitrag aus.

Mit der Beruhigung der internationalen Energie- und Rohstoffpreise hat der Inflationsdruck in Österreich spürbar nachgelassen. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut eine verhaltene Preisentwicklung mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1.9 %. Dabei wird unterstellt, dass internationale Preisschocks ausbleiben. Auch von der Lohnentwicklung sollten keine preistreibenden Impulse ausgehen.

Im internationalen Vergleich hat sich die Arbeitsmarktlage in Österreich nach der Wirtschaftskrise überdurchschnittlich gut entwickelt. Allerdings bleibt die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition mit 7 % für österreichische Verhältnisse hoch. Im Prognosezeitraum dürfte die Beschäftigung um durchschnittlich 0.8 % zulegen. Der Wegfall der Arbeitsmarktöffnung für die neuen EU-Mitgliedstaaten sowie die demografische Entwicklung dämpfen den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials. Die Zahl der

als arbeitslos vorgemerkten Personen wird im Prognosezeitraum auf dem Niveau von 2012 stagnieren. Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition wird 2016 6.7 % betragen, laut Eurostat-Definition impliziert das einen Wert von 4.2 %.

Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sieht für das Jahr 2016 einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt vor. Das Institut geht davon aus, dass dieses Ziel mit der nötigen Budgetdisziplin und eventuell erforderlichen Nachbesserungen erreicht werden kann. Die notwendige Budgetkonsolidierung dämpft das Wachstum kaum. Aus mittel- bis längerfristiger Sicht ist es unumgänglich, den finanzpolitischen Spielraum zu schaffen, um für die Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Technologie und damit für die Sicherung der Qualität des Wirtschaftsstandorts Österreich vorzusorgen. Notwendig ist zudem die Ausnutzung aller vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor. Die zügige Umsetzung von Reformen im Bereich der Verwaltung und im Gesundheitswesen sowie eine anreizfreundlichere Gestaltung der Regelung der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander sind erforderlich. Für eine nachhaltige Sicherung der Pensionen sind verstärkte Anstrengungen zur Erhöhung des effektiven Pensionsalters essentiell. Notwendig erscheint auch eine Stärkung der Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft. Hierzu bedarf es einer verstärkten Förderung von innovativen Unternehmensgründungen und Maßnahmen zur Stärkung des Humankapitals der österreichischen Arbeitnehmer. Hierfür ist insbesondere beim Bildungssystem anzusetzen.

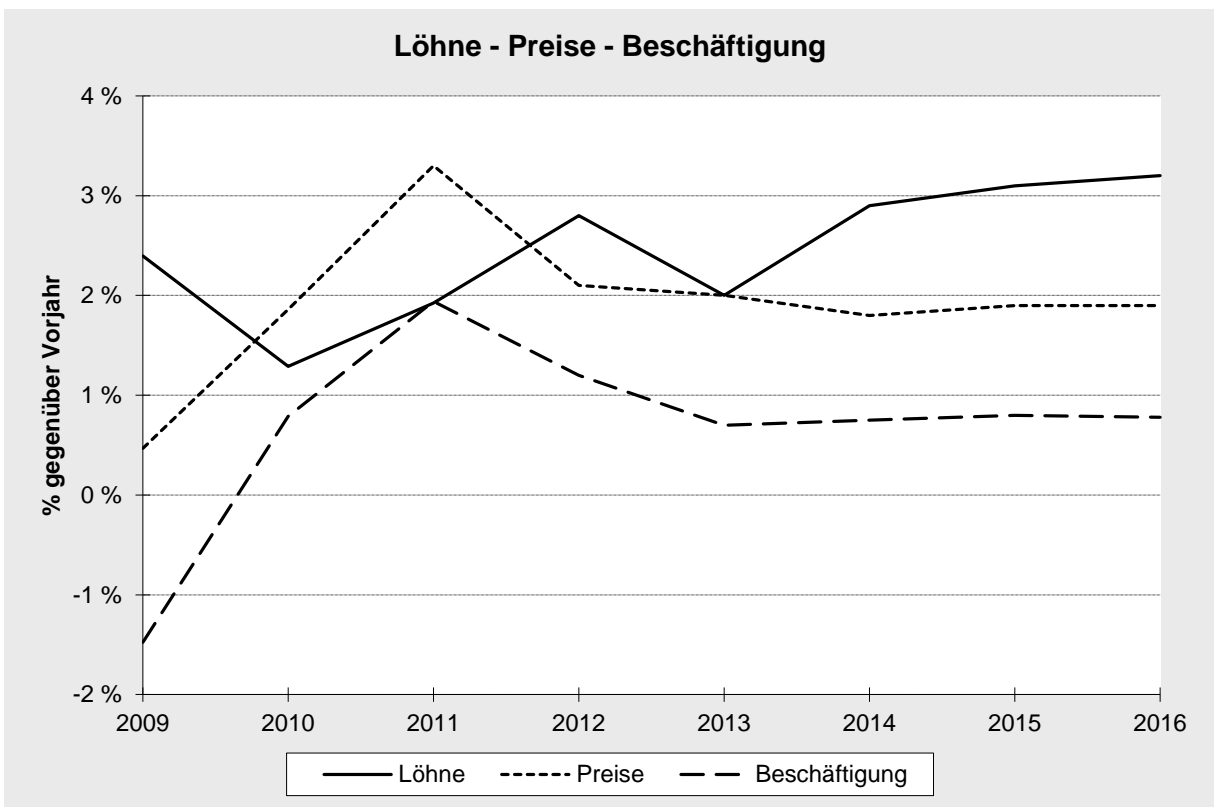
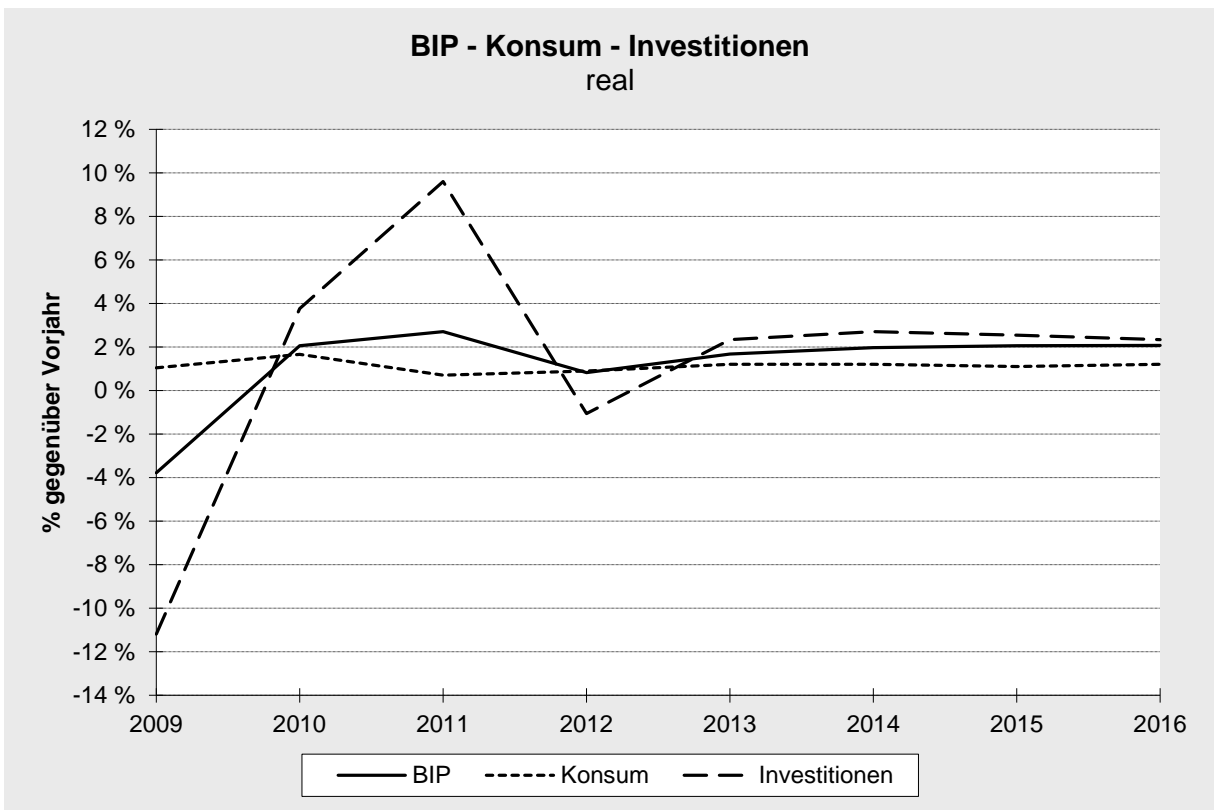
Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

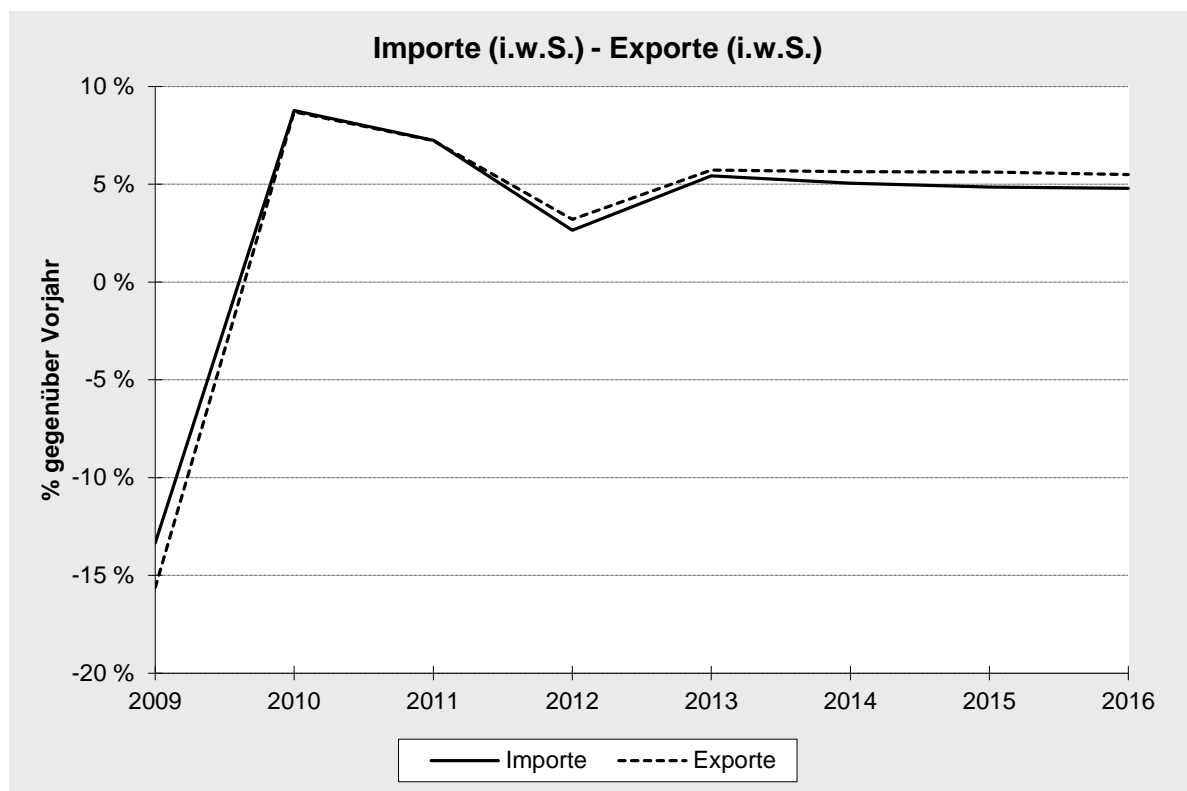
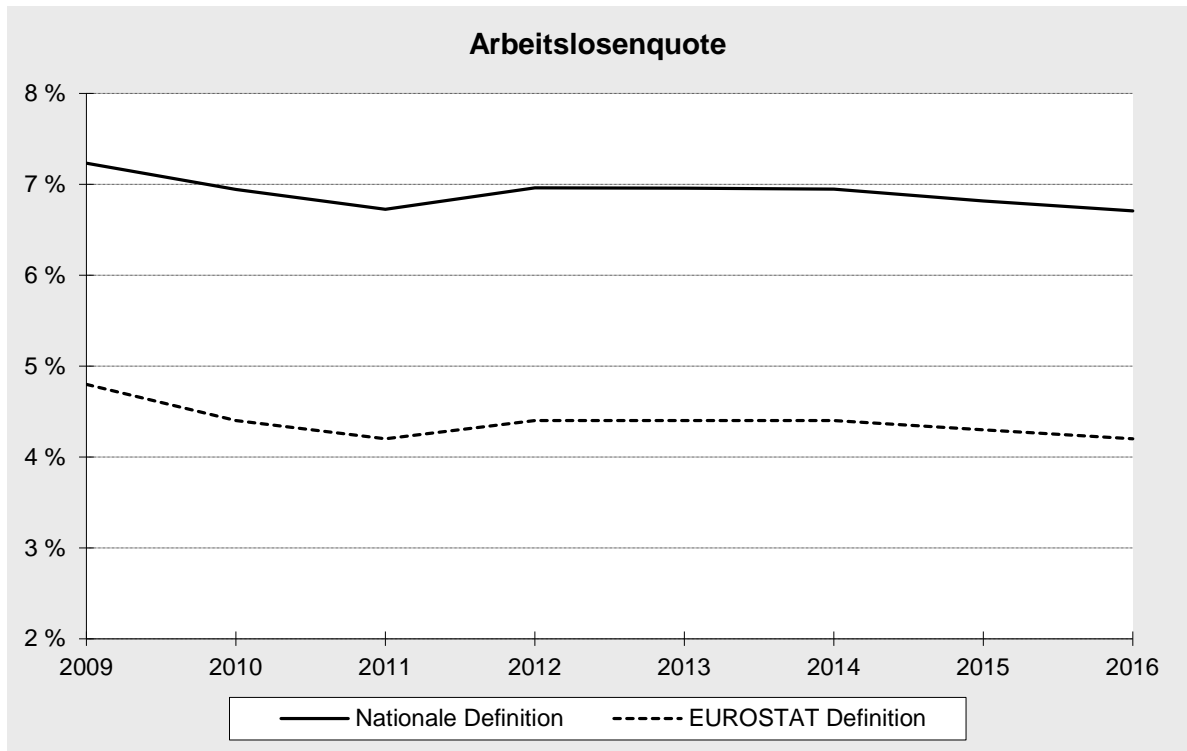
	2002-2006	2007-2011	2012-2016
Bruttoinlandsprodukt, real	2.2	1.2	1.7
Privater Konsum, real	1.7	1.0	1.1
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	1.1	1.1	1.8
Bruttoanlageinvestitionen, real	0.5	0.8	2.0
Ausstattungsinvestitionen, real	0.8	2.5	2.4
Bauinvestitionen, real	0.1	-0.6	1.7
Inlandsnachfrage, real	1.6	1.1	1.1
Exporte i.w.S., real	6.1	1.7	5.1
Waren, real (laut VGR)	6.4	1.7	5.7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.4	0.8	0.8
Importe i.w.S., real	5.0	1.6	4.6
Waren, real (laut VGR)	5.4	2.0	4.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.9	-2.1	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.6	1.1	0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition *)	7.1	6.6	6.9
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition *)	4.6	4.3	4.3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	0.6	2.3	2.8
Preisindex des BIP	1.6	1.8	1.8
Verbraucherpreisindex	1.8	2.2	1.9
3-Monats-Euribor *)	2.6	2.5	1.2
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen *)	4.1	3.8	3.4

*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Im Zeitraum 2007 bis 2011 wuchs die Weltwirtschaft im Jahresdurchschnitt um 3 %, der reale Welt-handel legte um durchschnittlich 3.1 % zu. Die grenzüberschreitenden Direktinvestitionen sind im Durchschnitt der letzten Fünfjahresperiode wegen des starken Einbruchs in den Jahren 2008 und 2009 und der nur sehr langsamen Erholung nach der Krise nicht gewachsen. Die Weltwirtschaft befand sich 2007 in einer Hochkonjunktur, begleitet von einer hohen Inflation. Aufgrund der Preisentwicklung schwächte sich der Konsum der privaten Haushalte ab, und die Unternehmen begannen unter den verschärfteren Finanzierungsbedingungen und den hohen Rohstoffpreisen zu leiden. Die Probleme am US-Immobilienmarkt lösten eine Finanzkrise aus. Die Aktienmärkte verzeichneten Rückschläge, wobei sich die Situation ab September 2008 durch die Insolvenz von *Lehman Brothers* drastisch verschlimmerte. Der Konjunkturerinbruch erfasste allmählich alle Industrieländer. 2009 erlitt die Weltwirtschaft den stärksten konjunkturellen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Die exportorientierten Ökonomien verzeichneten dabei den markantesten Rückgang, wobei vor allem der Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie hohe Verluste erlitten. Mitte 2009 gab es erste Anzeichen einer Erholung der Weltwirtschaft. Die staatlichen Stimulierungsmaßnahmen, die expansive Geldpolitik und die moderate Preisentwicklung wirkten stabilisierend. Die Weltwirtschaft hat so die „große Rezession“ rasch überwunden, die Verschuldung der Staaten ist jedoch auf ein nicht-nachhaltiges Niveau angestiegen. Die Wachstumsimpulse kamen aus den Schwellenländern, wo ein hoher Bedarf an Investitionsgütern besteht. Exportorientierte Ökonomien wie Deutschland profitierten von der hohen Nachfragedynamik aus Asien. Die Aufschwungsphase dauerte bis zur Jahresmitte 2011 an. Die Rohstoffpreisentwicklung, politische Unruhen in Nordafrika und im Nahen Osten, zunehmende Zweifel an der Zahlungsfähigkeit einzelner Staaten in Südeuropa sowie die Naturkatastrophe in Japan und ihre Folgen belasteten die weltweite Nachfrage. In den Schwellenländern machten sich Überhitzungserscheinungen bemerkbar.

Nach einer zweijährigen Erholungsphase schwächt sich 2012 die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft wieder ab. Insbesondere im Euroraum verdüstert sich die Wirtschaftslage zunehmend. Die Krise beginnt nun nicht nur auf die anderen Industrienationen, sondern auch auf die bisher starken Schwellenländer auszustrahlen. Die Finanzmärkte reagieren mit Aktienkursrückgängen und steigenden Risikoprämien für Staatsanleihen von europäischen Krisenländern. Die Preise für viele Rohstoffe sinken. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ist die Lage auf den Arbeitsmärkten in den meisten Ländern der Welt sehr angespannt. Weltweit ist die Geldpolitik gefordert, konjunkturbelebende Maßnahmen zu setzen. Mit der schwächeren Konjunktur und den rückläufigen Rohstoffkosten verlangsamt sich jedoch der Preisauftrieb und es gibt Anzeichen dafür, dass die Budgetkonsolidierung voranschreitet. Aufgrund der nachlassenden Spannungen dürfte die Konjunktur in den kommenden Jahren weltweit wieder an Fahrt gewinnen. Der Welthandel wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 6.1 % pro Jahr wachsen. Laut einer Studie der *Hongkong and Shanghai Banking Corporation* (HSBC) wird in Asien der grenzüberschreitende Handel mit Waren und Dienstleistungen in den kom-

menden Jahren die stärkste Wachstumsdynamik aufweisen. Es wird erwartet, dass der Preisdruck moderat bleibt und die Geldpolitik somit keinen besonders restriktiven Kurs einschlagen muss. Es bestehen aber auch Risiken, die die Entwicklung dämpfen könnten. Die Regierungen zahlreicher Staaten müssen in den kommenden Jahren einen strikten Sparkurs einhalten. Strengere Richtlinien für die Vergabe von Krediten an Unternehmen und private Haushalte könnten im Prognosezeitraum die Investitionstätigkeit erschweren. In den Industrieländern dürfte die Arbeitslosigkeit nur langsam zurückgehen.

Nachdem der Erdölpreis (Brent) im Zeitraum 2007 bis 2011 im Durchschnitt 84.4 US-Dollar pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein durchschnittlicher Preis von 120.8 US-Dollar zugrunde gelegt. Angesichts einer effizienteren Nutzung sollte der Zuwachs in der Nachfrage nach Erdöl in den kommenden Jahren langsamer als in den vergangenen Aufschwungsphasen ausfallen. Das Institut geht von einem durchschnittlichen Euro/Dollar-Wechselkurs von 1.25 US-Dollar aus. Dies wird durch die erwartete Festigung der Wirtschaftsentwicklung in den USA gestützt.

Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer wird im Zeitraum 2012 bis 2016 durchschnittlich 2.1 % betragen, nach 0.8 % in den vergangenen fünf Jahren. In den Schwellenländern ist die konjunkturelle Entwicklung deutlich stärker. Die Wirtschaft Asiens (ohne Japan) wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 8.8 %. Der konjunkturelle Aufschwung der Region erreichte im Jahr 2007 seinen Höhepunkt. Ende 2008 wurden die asiatischen Volkswirtschaften von der Wirtschafts- und Finanzkrise erfasst, die sich Anfang 2009 verstärkte. Die Tigerstaaten, insbesondere die Wirtschaften von Singapur, Hongkong, Taiwan und Malaysia, litten unter dem rückläufigen globalen Handel. China und Indien waren zwar auch vom Rückgang der Exportnachfrage betroffen, die Konjunktur der beiden Länder wurde aber von der Inlandsnachfrage gestützt. Der IWF erwartet für 2012 in den asiatischen Schwellenländern ein Wirtschaftswachstum von 7.3 %. In den kommenden Jahren könnte das durchschnittliche Wachstum ähnlich hoch ausfallen. Zwischen 2007 und 2011 ist die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 3.8 % gewachsen. Wegen der hohen Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist die Wirtschaft Lateinamerikas 2009 vom weltweiten Konjunkturabschwung nicht verschont geblieben, gefolgt von einem sehr raschen und robusten Konjunkturaufschwung 2010 und 2011. Für 2012 erwartet der IWF ein Wachstum von 3.7 %. In den kommenden Jahren könnte das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika jährlich etwas mehr als 4 % betragen.

In den vergangenen fünf Jahren wuchs die Wirtschaft der EU-27 um durchschnittlich 0.5 %, auch im Euroraum betrug das Wachstum 0.5 %. Im Jahr 2007 herrschte vor allem in den großen Ländern Deutschland, Frankreich und Italien Hochkonjunktur. 2008 begann dann auch die Wirtschaft des Euroraums unter den hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen, der Finanzkrise und der sich weltweit abschwächenden Konjunktur zu leiden. 2009 belastete vor allem der massive Exporteinbruch die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern ging massiv zurück. Die öffentlichen Stabilisierungsmaßnahmen haben die Budgetdefizite der einzelnen Mitgliedstaaten kräftig in die Höhe getrieben. 2010 und 2011 erwiesen sich Deutschland und Polen als die Wachstumsmotoren in der Europäischen Union. In den anderen großen EU-Staaten ist die Konjunktur hingegen deutlich schwächer ausgefallen, insbesondere in Südeuropa. Im Euroraum wurde das Wirtschafts-

wachstum von den Exporten getragen. Die starke Nachfrage kam insbesondere aus den Schwellenländern, dagegen ist der Konsum wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der gedämpften Einkommensentwicklung verhalten ausgefallen.

Das mangelnde Vertrauen der Unternehmer und die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung belasten 2012 die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum. Die Wirtschaftsleistung dürfte daher um 0.3 % zurückgehen. Auf Länderebene driftet die konjunkturelle Entwicklung stark auseinander. Während in Deutschland und Frankreich das BIP-Wachstum zulegen wird, dürfte sich in den hoch verschuldeten Ländern wie Italien und Spanien die konjunkturelle Schwäche fortsetzen. Mit dem langsamen Abklingen der Vertrauenskrise sollte die Wirtschaft des Euroraums 2013 ein BIP-Wachstum von 1 % erzielen. Das Institut geht davon aus, dass sich die Vertrauenskrise in den kommenden Jahren zurückbilden wird. Eine Nachfragebeschleunigung wird es voraussichtlich im Export geben. Die Investitionstätigkeit könnte dadurch wieder zunehmen. Die Arbeitslosenquote, die in der letzten Fünfjahresperiode durchschnittlich 9 % betrug, wird jedoch im Prognosezeitraum hoch bleiben. Nach dem starken Preisaufrtrieb, wie er in der ersten Hälfte 2011 zu beobachten war, wird die Inflation in den kommenden Jahren knapp unter der 2-Prozent-Marke liegen. Die Europäische Zentralbank dürfte den Leitzinssatz in den kommenden Jahren nur geringfügig anheben. Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euroraum wird im Prognosezeitraum voraussichtlich 1.1 % betragen.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Zeitraum 2007 bis 2011 im Jahresdurchschnitt um 0.5 % gewachsen. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 7.7 % und die Inflation betrug 2.2 %. Der Zuwachs der Arbeitsproduktivität hat in den vergangenen fünf Jahren 1.3 % ausgemacht und die Lohnstückkosten sind um 1.5 % gestiegen. Der Anstieg der Exportquote wurde von der Wechselkursentwicklung gestützt, das Leistungsbilanzdefizit ging dadurch zurück. Am Binnenmarkt führten niedrige Finanzierungskosten in der Immobilienbranche zu einer Überhitzung. Der Boom im Eigenheimbau wurde von der Erwartung weiter stark steigender Immobilienpreise gestützt. Höhere Finanzierungskosten und eine fallende Nachfrage führten dann zu gravierenden Problemen, die sich auch auf andere Wirtschaftsbereiche, insbesondere auf die Finanzdienstleistungen, ausweiteten. Das Platzen der Immobilienblase löste eine Finanzkrise aus. 2008 ist die US-Wirtschaft in eine Rezession geraten. Die Korrektur am Immobilienmarkt, die geringere Verfügbarkeit von Krediten, die Turbulenzen an den Finanzmärkten und die hohen Ölpreise haben die Wirtschaftslage weiter verschärft. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die etwa 70 % der Wirtschaftsleistung ausmacht, ist in den Jahren 2008 und 2009 zum ersten Mal seit 1974 gefallen. Umfangreiche Konjunkturpakete und die expansive Geldpolitik haben die US-Konjunktur 2010 und 2011 spürbar belebt. Der Aufschwung wurde von der Exportnachfrage und der Investitionstätigkeit getragen. Wegen der andauernden schlechten Beschäftigungslage und der hohen Verschuldung der privaten Haushalte ist der Konsum langsamer als in vergangenen Konjunkturaufschwüngen gewachsen. Am Immobilienmarkt hat sich die Lage zu stabilisieren begonnen. Die Rohstoffpreisentwicklung führte zu einem starken Anziehen der Inflation.

Im Prognosezeitraum könnte das BIP der USA um durchschnittlich 2.4 % zulegen. Der Konjunkturverlauf ist maßgeblich auf die Belebung des privaten Konsums zurückzuführen. Die Baukonjunktur, die in den Jahren 2007 bis 2011 markant zurückgegangen ist, wird sich stabilisieren. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden wieder zunehmen. Die guten Wirtschaftsaussichten führen dazu, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Inflationsrate wird voraussichtlich bei 2 % liegen. Wegen der im historischen Vergleich noch immer hohen Arbeitslosigkeit und der geringen Inflation ist vorerst keine Zinswende in Sicht. Aufgrund der erwarteten Belebung der Inlandsnachfrage dürfte sich jedoch das Leistungsbilanzdefizit wieder vergrößern. Dämpfende Effekte werden von Budgetkonsolidierungsmaßnahmen ausgehen.

Die Wirtschaft **Japans** ist in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0.2 % geschrumpft. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 4.5 %, die Preise sind um 0.2 % gesunken. Die Arbeitsproduktivität nahm um durchschnittlich 0.2 % zu, die Lohnstückkosten sind um 0.7 % zurückgegangen. Im Jahr 2007 befand sich die japanische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Die Außenwirtschaft profitierte von der belebten Nachfrage in den USA, zudem war auch die Wechselkurspolitik der *Bank of Japan* auf eine Verbesserung der Exportchancen ausgerichtet. Darüber hinaus hat die moderate Teuerungsrate bei den Exportpreisen zum Erfolg im Außenhandel beigetragen. Hohe Einkommensrückflüsse durch Auslandsinvestitionen wirkten sich positiv auf die Wirtschaftsentwicklung des Landes aus. Aufgrund der verstärkten Arbeitskräftenachfrage belebte sich der Konsum. 2008 begann sich die Binnennachfrage abzuschwächen und 2009 hat sich der konjunkturelle Abschwung in Japan deutlich verschärft. Durch den weltweiten Konjunkturreinbruch und die Aufwertung des Yen ist die Nachfrage nach japanischen Exportgütern drastisch gesunken. Damit sahen sich die Unternehmen veranlasst, ihre Produktion und Investitionen zu drosseln und Arbeitsplätze abzubauen. Der kräftige Konjunkturaufschwung 2010 war primär auf die belebte Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern zurückzuführen. Steigende Einkommen sowie staatliche Fördermaßnahmen haben zudem die Konsumnachfrage belebt. Nach der Naturkatastrophe im März 2011, die zu einem scharfen Einschnitt in der konjunkturellen Entwicklung führte, normalisieren sich die Wirtschaftsbedingungen in Japan wieder.

Im Prognosezeitraum dürfte das japanische BIP um durchschnittlich 1.6 % wachsen. 2012 wird die Konjunktur durch den Wiederaufbau stimuliert. Neben der regen Investitionstätigkeit belebt sich auch der private Konsum. Die japanische Außenwirtschaft dürfte von der robusten Nachfrage aus den USA und aus dem restlichen asiatischen Raum profitieren. Der Handel mit der EU dürfte hingegen am Anfang des Prognosezeitraums aufgrund der Schuldenkrise in Europa und des starken Yen sehr gedämpft bleiben. In den kommenden Jahren werden die Impulse durch den Wiederaufbau auslaufen. Die Exportquote wird wieder ansteigen. Die Außenwirtschaft wird somit wieder wesentlich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Wegen der mit dem Wiederaufbau verbundenen Kosten und den zahlreichen Stimulierungsmaßnahmen muss in den kommenden Jahren mit einem weiteren Anstieg der bereits hohen öffentlichen Verschuldung gerechnet werden. Die Preise dürften stagnieren und die Arbeitslosenquote dürfte unverändert durchschnittlich 4.5 % ausmachen. Aufgrund der hohen konjunkturellen Risiken wird die japanische Zentralbank weiterhin an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 10.5 % gewachsen. Im Jahr 2007 hat sich die Konjunktur noch beschleunigt, gefolgt von einer Abschwächung in den folgenden zwei Jahren. Um einen noch stärkeren Abschwung zu vermeiden, hat die chinesische Regierung bereits 2008 ein massives Konjunkturpaket geschnürt, dem weitere Stimulierungsmaßnahmen folgten. Die Notenbank hat den Leitzinssatz drastisch von 4.5 % auf 1.5 % gesenkt. So ist die chinesische Wirtschaft 2009 vom globalen Wirtschaftseinbruch nahezu verschont geblieben. 2010 wurde die konjunkturelle Entwicklung von der Investitionstätigkeit getragen. Die passiven Direktinvestitionen wuchsen um 20.8 %. Die chinesische Währung wertete gegenüber dem US-Dollar etwas auf und begünstigte so die Importnachfrage. Die konjunkturelle Abschwächung 2011 ist primär auf die straffere Geldpolitik zurückzuführen. Einerseits stiegen die Kreditkosten, andererseits wurden den Banken Quoten für die Kreditvergabe auferlegt. Die Abschwächung der globalen Konjunktur führte auch zu einer Wachstumsverlangsamung im Export.

China zählt zu den wichtigsten Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft, das Wirtschaftswachstum wird sich jedoch in den kommenden Jahren abschwächen. Der Grund für die Wachstumsverlangsamung 2012 ist die anhaltende Nachfrageschwäche der wichtigsten Exportmärkte Chinas in Europa. Stimulierungsmaßnahmen wie die Anhebung der Infrastrukturausgaben, Zinssenkungen und die Lockerung der Kreditvergabe sollen die Konjunktur stützen. In den kommenden Jahren werden die steigenden Löhne die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft schwächen und die Inlandsnachfrage begünstigen. Risiken gehen von der Entwicklung im Immobiliensektor aus. Die Inflation wird voraussichtlich im Jahresdurchschnitt unter den von der chinesischen Nationalbank festgelegten Zielwert von 4 % fallen. Das Institut erwartet für den Prognosezeitraum ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 8.4 %.

In den Jahren 2007 bis 2011 wuchs die Wirtschaft **Deutschlands** im Durchschnitt um 1.1 %. Die Arbeitsproduktivität hat um 0.1 % zugenommen, die Lohnstückkosten sind um 1.5 % gestiegen. Die Arbeitslosenquote betrug durchschnittlich 7.1 % und die Inflation 1.8 %. 2007 endete in der deutschen Wirtschaft die Hockkonjunktur. Durch ihren hohen Offenheitsgrad wurde die Wirtschaft vom Einbruch der Weltkonjunktur besonders hart getroffen. 2009 sank die weltweite Nachfrage gerade nach jenen Investitionsgütern, auf die sich deutsche Unternehmen spezialisiert haben. In der Aufschwungsphase 2010 entwickelte sich die deutsche Wirtschaft zum konjunkturellen Zugpferd der Wirtschafts- und Währungsunion. Die ausgezeichnete Exportentwicklung war auf die belebte Nachfrage aus den Schwellenländern zurückzuführen. 2011 haben die hohe Kapazitätsauslastung und die niedrigen Finanzierungskosten zu hohen Zuwächsen der Ausrüstungsinvestitionen geführt, und auch in der Bauwirtschaft hat sich die Dynamik deutlich verstärkt. Die Erholung des privaten Konsums festigte sich und trug so zur Belebung der Binnennachfrage bei.

Die gute Verfassung des Arbeitsmarktes und das im internationalen Vergleich geringe Budgetdefizit sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen bilden eine solide Grundlage für die zukünftige konjunkturelle Entwicklung. Impulse werden vom privaten Konsum und auch von der Investitionstätigkeit erwartet. Der öffentliche Konsum wird im Prognosezeitraum verhaltener als in den vergangenen Jahren zulegen. Die stabile Entwicklung beim Wechselkurs und den Rohstoffpreisen ermöglicht eine

moderate Preisentwicklung im Inland. Die Arbeitslosigkeit wird, auch aus demografischen Gründen, weiter abnehmen. Die deutsche Wirtschaft wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.6 % pro Jahr zulegen.

Das BIP **Italiens** ging in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 0.6 % zurück. Die Arbeitslosenquote betrug 7.5 % und die Inflationsrate 2.2 %. Die Arbeitsproduktivität ist um 0.5 % gesunken, die Lohnstückkosten legten um 2.5 % zu. Im Jahr 2007 befand sich die italienische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase, zurückzuführen auf die rege Nachfrage der privaten und öffentlichen Haushalte. Im Außenhandel resultierten jedoch steigende Lohnstückkosten und die Spezialisierung der Industrie auf nur langsam wachsende Segmente der Weltwirtschaft in einer mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie, insbesondere gegenüber den Hauptkonkurrenten aus Asien. Während es der deutschen Wirtschaft gelang, die Produktivität zu verbessern, verzeichnete Italien in dieser Hinsicht keine Fortschritte. Die italienische Exportwirtschaft erlitt daher hohe Marktanteilsverluste. Die Leistungsbilanz wies in den vergangenen fünf Jahren ein Defizit aus. Im Einklang mit der globalen Wirtschaftsentwicklung setzte auch in Italien im Jahr 2008 der konjunkturelle Abschwung ein, der sich 2009 drastisch verstärkte. Die exportorientierten Branchen erlitten dabei den größten Einbruch. Der Aufschwung 2010 wurde von der Auslandsnachfrage und von den Ausrüstungsinvestitionen getragen. Die Baubranche musste hingegen einen weiteren Rückschlag hinnehmen. Die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte reflektierte die angespannte Lage am Arbeitsmarkt. 2011 schwächte sich die Konjunktur wieder beträchtlich ab. Der Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen ist im Jahresverlauf abgeebbt, zurückzuführen auf trübere Gewinnerwartungen in der Industrie. Die Einsparungsmaßnahmen der öffentlichen Hand belasteten die Bauindustrie. Die Konsumenten blieben wegen der hohen Inflation und der ungünstigen Arbeitsmarktlage zurückhaltend.

Italien hat derzeit nach Griechenland den höchsten Schuldenstand im Euroraum. Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit impliziert hohe Finanzierungskosten, was den Abbau der Staatsschulden und die Kreditaufnahme erschwert. In den Jahren 2012 und 2013 wird in Italien die Wirtschaftsleistung voraussichtlich sinken. Die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen werden zu einer Ausgabenkürzung im öffentlichen Sektor führen. Einen starken Rückgang wird es daher in der von öffentlichen Aufträgen abhängigen Bauindustrie geben. Die Investitionstätigkeit in der Privatwirtschaft dürfte wegen der hohen Kreditkosten und der gedämpften Gewinnaussichten zurückgehen. Die Bedingungen am Arbeitsmarkt dürften sich weiter verschlechtern und auch die geplanten Steuererhöhungen werden sich negativ auf die Konsumfreude der privaten Haushalte auswirken. Die sinkende Importnachfrage und schwach steigende Exporte werden jedoch die Außenhandelsbilanz des Landes in den kommenden Jahren verbessern. Das BIP wird im Prognosezeitraum um 0.1 % pro Jahr wachsen. Trotz der sehr gedämpften Konjunkturaussichten wird die Inflation mit jährlich etwa 2.6 % hoch bleiben.

Im Zeitraum 2007 bis 2011 betrug das Wachstum der Wirtschaft **Frankreichs** im Durchschnitt 0.5 %. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 9 % und die Inflation auf 1.8 %. Die Arbeitsproduktivität stagnierte, die Lohnstückkosten stiegen um 2.1 %. Im Jahr 2007 bildete die Inlandsnachfrage die treibende Kraft der Wirtschaftsentwicklung des Landes. Durch die geringere Abhängigkeit der französischen Wirtschaft vom Export ist der Konjunkturerinbruch im Jahr 2009 schwächer ausgefallen als in

den großen Nachbarländern. Einkommenszuwächse haben den privaten Konsum gestützt, die Stimulierungsmaßnahmen im Bereich Infrastruktur und in der Fahrzeugindustrie milderten den Abschwung. Die Fahrzeugbranche profitierte darüber hinaus von den Konjunkturpaketen (Abwrackprämien) in den Nachbarländern. 2010 setzte der konjunkturelle Aufschwung ein, der bis 2011 anhielt und von der Auslandsnachfrage und der Investitionstätigkeit getragen wurde. Auch der private Konsum wies eine solide Entwicklung auf. Die Außenwirtschaft konnte hingegen nicht zum Wirtschaftswachstum beitragen.

2012 schwächt sich die konjunkturelle Entwicklung in Frankreich wieder deutlich ab. Die Inlandsnachfrage wird sich nur langsam erholen. Dabei wird unterstellt, dass die Maßnahmen zu Einsparungen im öffentlichen Bereich und zur Abschaffung von Steuererleichterungen umgesetzt werden. Der Konsum wird durch den schwachen Einkommenszuwachs und die hohe Arbeitslosigkeit belastet. Mit dem erwarteten Nachlassen der Schuldenkrise in Europa wird sich das wirtschaftliche Umfeld auch für Frankreich in den kommenden Jahren verbessern. Die inländische Konjunktur dürfte wieder an Fahrt aufnehmen, während die Exportnachfrage weiterhin verhalten bleibt. Das französische BIP wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um jährlich 1.3 % zulegen. Die Inflation wird moderat bleiben. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist nicht in Sicht.

Die Wirtschaft des **Vereinigten Königreichs** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum von 0.2 %. Zuwächse in der Arbeitsproduktivität wurden nicht erzielt, die Lohnstückkosten stiegen um durchschnittlich 2.7 %. Die Arbeitslosigkeit betrug 6.9 %, die Inflation belief sich auf 3.2 %. Im Jahr 2007 entwickelte sich die Inlandsnachfrage sehr robust. Eine deutliche Abkühlung der Nachfrage setzte 2008 ein. Wie in den USA, so sah sich auch die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mit einem überhitzten Immobilienmarkt, einer hohen Verschuldung der privaten Haushalte und einem angeschlagenen Finanzsektor konfrontiert. Die Kapitalzuflüsse von Unternehmen, die in die britische Wirtschaft investieren, begannen drastisch einzubrechen. 2009 hat sich, neben dem krisengeschüttelten Dienstleistungssektor, der konjunkturelle Abschwung in der Außenwirtschaft und bei den Investitionen niedergeschlagen. Wegen der schleppenden Nachfrage und der Rohstoffpreisentwicklung hat der Inflationsdruck nachgelassen. Der Leitzinssatz wurde auf ein Rekordtief von 0.5 % gesenkt. 2010 profitierte auch die britische Wirtschaft von der belebten Nachfrage aus den Schwellenländern, gestützt von einer Abwertung des britischen Pfund. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand und Steuererhöhungen haben 2011 zum Abbau des Budgetdefizits beigetragen, belasteten aber auch die konjunkturelle Entwicklung des Landes. Die positiven Impulse kamen vorwiegend von der Außenwirtschaft, die noch immer von der Wechselkursentwicklung gestützt wurde.

Nach einem Rückgang zu Jahresbeginn dürfte sich die Konjunktur im Jahresverlauf 2012 wieder erholen. Die Stabilisierung der Wirtschaftslage wird die Zuversicht der Konsumenten verbessern. Mit dem erwarteten Abklingen der Schuldenkrise im Euroraum werden sich auch die Absatzchancen in den exportorientierten Industrien verbessern. In den kommenden Jahren dürfte die *Bank of England* die Zinsen auf einem niedrigen Niveau belassen, weil die Arbeitnehmerentgelte nur sehr langsam steigen und auch die Kreditnachfrage sehr schleppend verläuft. Aufgrund von Sparmaßnahmen der

öffentlichen Hand, die den Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Sektor vorsehen, wird die Arbeitslosigkeit nicht zurückgehen. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP um 1.7 % pro Jahr zulegen.

In den Jahren 2007 bis 2011 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 1.7 %. Die Produktivität sank um 0.1 %, die Lohnstückkosten legten um 1.8 % zu. Die Arbeitslosenquote betrug 3.2 %. Trotz der vergleichsweise guten Wirtschaftslage blieb die Inflation mit 0.7 % moderat. In den Jahren 2007 und 2008 wurde die Konjunktur von den Exporten getragen und die Exportquote erreichte einen Höchststand von über 57 %. Die Ausrüstungsinvestitionen verzeichneten ein kräftiges Wachstum. Fusionen und Übernahmen fanden deutlich häufiger als in den vorangegangenen Jahren statt. Die günstige Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung stützte den privaten Konsum. Im Jahr 2009 ist die Wirtschaft der Schweiz in eine Rezession geraten. Die Finanzkrise und Rezessionsängste in den USA waren die Auslöser dafür. Es wurde ein markanter Einbruch in der Außenwirtschaft und in der Folge bei den Ausrüstungsinvestitionen verzeichnet. Trotz freier Kapazitäten und deutlicher Gewinnrückgänge wurde die Beschäftigung nicht abgebaut, weil viele Firmen die Möglichkeit der Kurzarbeit ausgeschöpft haben. Die vergleichsweise gute Entwicklung der Bauwirtschaft trug zur Abfederung des Konjunkturrückgangs im Jahr 2009 bei. So erzielte die Schweizer Wirtschaft 2010 ein solides Wachstum. 2011 wurde die konjunkturelle Entwicklung von der Franken-Stärke geprägt. Aufgrund der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in der Außenwirtschaft war die Investitionstätigkeit, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen, sehr verhalten. Die gedämpften Konjunkturerwartungen haben die privaten Haushalte verunsichert und zu einer Abschwächung der Konsumnachfrage geführt. Der Beitrag der Binnenwirtschaft zum BIP-Wachstum hat sich somit abgeschwächt.

2012 bleibt die Konjunktorentwicklung vom merklich verlangsamten Tempo der Weltkonjunktur und von den Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte in den Nachbarländern geprägt. Die hiermit verbundenen Export- und Gewinneinbußen belasten die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. In den kommenden Jahren sollte hingegen vom Wechselkurs keine weitere Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Industrie ausgehen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) könnte auf absehbare Zeit das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert auf dem Tiefststand von 0 % – 0.25 % belassen. Auch am Mindestkurs von 1.20 Franken pro Euro hält die Nationalbank fest. Die SNB befürchtet, dass in den kommenden Jahren die anhaltende Dynamik auf dem Immobilienmarkt zu einer immer größeren Bedrohung für die Stabilität des Finanzsektors werden könnte. Die Zurückbildung der Schuldenkrise und die Festigung der konjunkturellen Entwicklung in den Nachbarländern werden die Nachfrage aus dem Ausland stützen. Die Wirtschaft der Schweiz wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.7 % wachsen.

Nach einem BIP-Anstieg um 2.4 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte das Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten (NMS)** mittelfristig moderat zunehmen und im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 2.7 % betragen. Damit wird das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum 1.6 Prozentpunkte betragen und die Konvergenz somit weiter fortschreiten. Die zunehmende Produktivität und die allmähliche Annäherung des Lohnniveaus werden den Aufholprozess unterstützen. Die Implementierung weiterer Strukturreformen, die Steigerung der

Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der Berechenbarkeit der Rahmenbedingungen für Unternehmen sind wichtige Voraussetzungen in diesem Prozess.

Im Einklang mit der schwachen Konjunktur in Westeuropa dürfte die Wirtschaftsaktivität am Anfang der Prognoseperiode gedämpft bleiben. In den folgenden Jahren wird sich die Auslandsnachfrage langsam erholen und wieder ein wichtiger Wachstumstreiber für die Region werden. Die von der EU kofinanzierten Infrastrukturprojekte stützen das BIP-Wachstum. Der private Konsum zieht langsam an, insbesondere in Ländern mit geringer Verschuldung der privaten Haushalte, und auch die Kreditvergabe belebt sich allmählich.

Die beträchtlichen Budgetdefizite führen zur Implementierung fiskalischer Sparmaßnahmen mit dämpfenden Effekten auf das BIP-Wachstum und zur Verschiebung der Beitrittspläne zum Euroraum. Die Rückführung der hohen Budgetdefizite, die durch die Wirtschaftskrise angestiegene Auslandsverschuldung sowie Arbeitslosigkeit, die Inflationsrisiken und die zunehmenden Leistungsbilanzdefizite bleiben mittelfristig große Herausforderungen für die mittel- und osteuropäischen Länder.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Ungarn** um 0.6 % zurückgegangen. Die Wirtschaft dürfte sich in den folgenden Jahren, gestützt durch die Auslandsnachfrage und die Implementierung von den durch die EU-Kohäsionsfonds kofinanzierten Investitionen, langsam erholen. Der Konsum bleibt durch die vor kurzem beschlossenen neuen Steuern und die Erhöhung der indirekten Steuern am Anfang der Prognoseperiode gedämpft. Um das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung abzubauen, wird die Regierung in der Prognoseperiode die zurückhaltende Fiskalpolitik beibehalten. Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 könnte das BIP-Wachstum in Ungarn 1.8 % betragen.

Nach einer dynamischen Entwicklung im Durchschnitt der letzten fünf Jahre (4.3 %) dürfte sich das BIP-Wachstum in **Polen** verlangsamen und im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 3.2 % betragen. Diese wirtschaftliche Abschwächung wird durch die deutliche Verlangsamung der öffentlichen Investitionen nach der UEFA EURO 2012 und die restriktive Fiskalpolitik bestimmt. Infolge fiskalpolitischer Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung dürfte das Budgetdefizit in den folgenden Jahren zurückgehen.

In **Tschechien** sollte das Wachstum nach einem Durchschnitt von 1.6 % in den Jahren 2007 bis 2011 mittelfristig moderat bleiben und im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 2.1 % betragen. Die Nettoexporte und die Investitionen tragen zum BIP-Wachstum bei. Der private Konsum erholt sich nur langsam. Mittelfristig dürfte das Budgetdefizit infolge der Implementierung der beschlossenen fiskalpolitischen Konsolidierungsmaßnahmen zurückgehen.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2007 bis 2011 ist die Wirtschaft der **Slowakei** um 3.7 % gewachsen. Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 dürfte sich die slowakische Wirtschaft mit einer BIP Wachstumsrate von 3.3 % etwas langsamer entwickeln. Die starke Nachfrage aus Deutschland sowie die Förderung des Infrastrukturausbaus unterstützen das Wachstum der slowakischen Wirtschaft. Der Konsum wird durch die hohe Arbeitslosigkeit und die restriktive Fiskalpolitik gedämpft. Die Rückführung des

hohen Budgetdefizits und der Arbeitslosigkeit sowie die steigende Auslandsverschuldung sind wichtige wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Prognoseperiode.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2012 bis 2016 ein durchschnittliches Wachstum von 1.5 % erwartet, womit der Wachstumstrend gegenüber den letzten fünf Jahren (0.6 %) an Dynamik gewinnt. Das Wachstum wird von den Nettoexporten getragen. Infolge des kontinuierlichen Schuldenabbaus im Finanz- und Unternehmenssektor und aufgrund der weiteren Budgetkonsolidierungsmaßnahmen mit dem Ziel, das Budgetdefizit und die hohe Auslandsverschuldung zurückzuführen, ist mit einer schwachen Inlandsnachfrage zu rechnen.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Rumänien** um 1.4 % gewachsen. In der Prognoseperiode dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 2.8 % belaufen. Infolge der Implementierung der fiskalischen Sparmaßnahmen dürfte sich der private Konsum nur langsam erholen. Positive Impulse könnten hingegen von der Auslandsnachfrage und den Investitionen kommen. Große Herausforderungen der rumänischen Wirtschaft bleiben die Finanzierung des Leistungsbilanz- und des Budgetdefizits sowie die Erhöhung der Absorptionsrate der EU-Strukturfonds.

Nach einem BIP-Wachstum von 1.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre könnte die **bulgarische** Wirtschaft im Zeitraum 2012 bis 2016 ein durchschnittliches Wachstum von 2.7 % verzeichnen. Die anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage bedingt durch die hohe Verschuldung der Haushalte und Unternehmen dämpft das Wachstum. Die Exporte stützen hingegen die Wirtschaft. Mittelfristig bleibt der Abbau der Arbeitslosigkeit die wichtigste Herausforderung für die Wirtschaftspolitik.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre verzeichnete das BIP in **Kroatien** eine Stagnation. Kroatien wird im Juli 2013 der EU beitreten. Die verstärkten Reformbestrebungen, die auf dem Beitritt beruhen, werden das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren fördern. Infolgedessen könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2016 um 1.5 % wachsen. Die notwendigen Maßnahmen zur Verringerung des Budgetdefizits und der Auslandsverschuldung dürften hingegen das Wachstum dämpfen.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 2.8 % verzeichnet. Angetrieben von dynamischen Energieexporten, unterstützt durch eine günstige Entwicklung des Ölpreises und der internationalen Nachfrage nach Rohstoffen, dürfte das durchschnittliche Wachstum der russischen Wirtschaft zwischen 2012 und 2016 4 % betragen. Zur Budgetkonsolidierung plant die russische Regierung den Verkauf der Minderheitsanteile an einigen Großunternehmen. Strukturelle Probleme (unter anderem in der öffentlichen Verwaltung und im Gassektor) könnten das Wachstum dagegen negativ beeinflussen. Eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik bleibt die starke Abhängigkeit der öffentlichen Finanzen von den Steuereinnahmen aus der Erdölförderung.

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2007–2011	2012–2016
Welthandel	3.1	6.1
BIP, real		
Deutschland	1.1	1.6
Italien	-0.6	0.1
Frankreich	0.5	1.3
Vereinigtes Königreich	0.2	1.7
Schweiz	1.7	1.7
USA	0.5	2.4
Japan	-0.2	1.6
China	10.5	8.4
Polen	4.3	3.2
Slowakei	3.7	3.3
Tschechien	1.6	2.1
Ungarn	-0.6	1.8
Slowenien	0.6	1.5
Bulgarien	1.7	2.7
Rumänien	1.4	2.8
Kroatien	0.0	1.5
Russland	2.8	4.0
Euroraum	0.5	1.1
NMS-10*)	2.4	2.7
EU-27	0.5	1.3
OECD	0.8	2.1
Österreichische Exportmärkte	3.1	5.4
USD/EUR Wechselkurs**)	1.39	1.25
Erdölpreis (Brent)**)***)	84.4	120.8

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen.

*) NMS-10: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen

***) absolute Werte

***) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die österreichische Außenwirtschaft profitierte 2007 von der weltweiten Hochkonjunktur. Die internationale Preisentwicklung und steigende Finanzierungskosten führten dann aber dazu, dass in der zweiten Hälfte 2008 die Nachfragedynamik aus dem Ausland nachließ. 2009 verschlechterten sich die internationalen Wirtschaftsbedingungen, und so geriet auch die österreichische Außenwirtschaft in eine schwere Rezession. Nach dem tiefen Einbruch 2009 stieg die Nachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland im Jahr 2010 wieder. Verglichen mit dem Welthandel blieb der Aufschwung in der österreichischen Exportwirtschaft eher verhalten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass sich die starke Welthandelsdynamik vor allem auf Asien konzentrierte und der Anteil der direkten österreichischen Exporte in diese Region bislang noch gering ist. Indirekte Effekte kamen jedoch im Jahresverlauf der österreichischen Außenwirtschaft zugute, zurückzuführen auf die engen Handelsbeziehungen Deutschlands mit den stark wachsenden Regionen der Welt. 2011 blieb die Nachfrage nach österreichischen Waren und Dienstleistungen sehr robust. Die Exportpreise haben dabei markant angezogen. Entsprechend der schwachen Entwicklung der österreichischen Exportmärkte erwartet das Institut für 2012 eine deutliche Wachstumsverlangsamung der Ausfuhren. Es wird auch mit einer Abschwächung des Preisauftriebs in der Außenwirtschaft gerechnet. Im Einklang mit der internationalen Wirtschaftsentwicklung und dem Abklingen der Schuldenkrise im Euroraum dürften sich in den kommenden Jahren auch die Bedingungen in der österreichischen Exportwirtschaft verbessern. Die Handelsbilanz wird im Prognosezeitraum voraussichtlich ein leichtes Defizit aufweisen.

Laut Außenhandelsstatistik von Statistik Austria wuchsen die nominellen Warenexporte im Zeitraum 2007 bis 2011 im Jahresdurchschnitt um 3.2 %. Die Exporte in den Euroraum legten um 2.7 % zu, während jene in die Länder außerhalb des Euroraums um 4.3 % wuchsen. Nach Produktgruppen stiegen die Exporte von Chemischen Erzeugnissen im Jahresdurchschnitt um 7.3 %, von Bearbeiteten Waren um 3.3 %, von Maschinen und Fahrzeugen um 1.1 % und von Fertigwaren um 2.5 %. Der geringe Zuwachs der gesamten nominellen Warenexporte in den vergangenen fünf Jahren ist auf die schwache Nachfrage im Jahr 2008 und auf den starken Einbruch 2009 zurückzuführen. Die Exporte von Bearbeiteten Waren und von Maschinen und Fahrzeugen verzeichneten dabei die stärksten Rückgänge. 2010 setzte ein rasanter Aufschwung ein, der sich jedoch bereits 2011 wieder abzuschwächen begann.

Die erwartete Wachstumsverlangsamung der österreichischen Warenexporte am Beginn des Prognosezeitraums ist auf die schwache Nachfrage aus Italien und Nordosteuropa zurückzuführen, während die Nachfrage aus Deutschland und Frankreich belebt ausfällt. In den kommenden Jahren werden die Absatzmärkte außerhalb des Euroraumes an Bedeutung gewinnen. Der Exportanteil der Chemischen Produkte an den gesamten Warenexporten wird voraussichtlich weiter ansteigen. Im Prognosezeitraum werden die nominellen österreichischen Warenexporte um durchschnittlich 7.5 % zulegen. Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 4.4 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum 6.5 % betragen. Die österreichische Handelsbilanz, die von

2007 bis 2011 ein leichtes Defizit aufwies, wird im Durchschnitt der kommenden Jahre wiederum mit einem geringfügig negativen Saldo abschließen.

Der österreichische Tourismus erzielte in den vergangenen fünf Jahren bei den Exporten ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 2.7 %. Der Rückgang im Jahr 2009 fiel deutlich geringer als beim Warenhandel und in den anderen Dienstleistungssektoren aus. 2010 hat sich die Nachfrage in der Tourismusbranche wieder stabilisiert und 2011 profitierte der österreichische Tourismus von der guten Wirtschaftslage in den Nachbarländern, insbesondere in Deutschland. Nach der Wachstumsabschwächung im Jahr 2012 werden sich die Exporte im Reiseverkehr wieder erholen. Im Prognosezeitraum dürften die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 2.7 % zulegen.

Die realen Exporte i. w. S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.7 %. Im Prognosezeitraum werden sie um 5.1 % zulegen. Die realen Warenexporte werden dabei durchschnittlich um 5.7 % wachsen, nach 1.7 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Im Prognosezeitraum nehmen die realen Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 0.8 % zu. Die Importnachfrage belebt sich aufgrund der kräftigeren Inlandsnachfrage und des hohen Exportgehalts der Exporte wieder. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden somit im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4.6 % wachsen, nach einem Anstieg um 1.6 % in den vergangenen fünf Jahren. Bei den realen Warenimporten wird ein durchschnittliches Wachstum von 4.8 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 1 % zunehmen.

Die Exportquote (Exporte i. w. S. laut VGR in Prozent des BIP) stieg in den Jahren 2007 und 2008 von 58.9 % auf 59.3 %, 2009 erfolgte ein Rückgang auf 50.1 %; seit 2010 nimmt sie wieder zu und erreichte 2011 57.3 %. Die Quote der Warenexporte, die 2008 noch 42.9 % ausmachte, fiel 2009 auf 35.1 % zurück. Seit 2010 nimmt sie wieder zu und betrug 2011 41.5 %.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

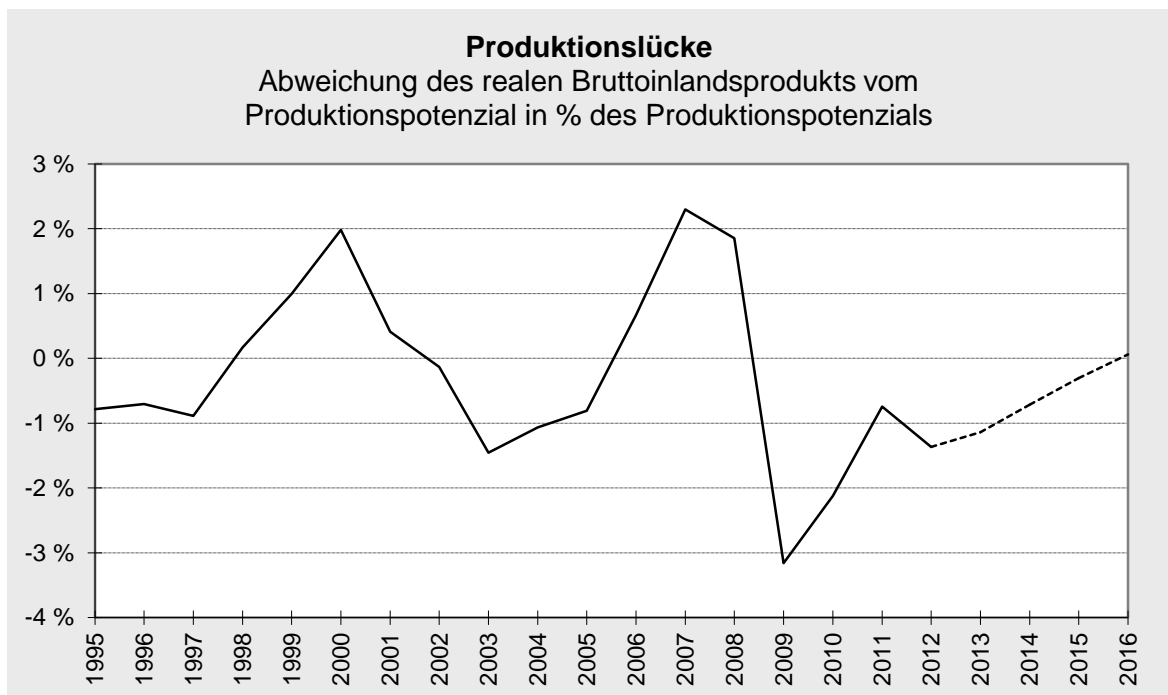
Eine mittelfristige Projektion erfordert die Einschätzung des **Produktionspotenzials** einer Volkswirtschaft, also der bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbaren Produktion. Das Produktionspotenzial stellt eine nicht beobachtbare Größe dar und muss daher geschätzt werden. Im Einklang mit der auch von internationalen Organisationen verwendeten Methode schätzt das Institut das potenzielle Produktionsvolumen mit Hilfe einer Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Die Produktionsfaktoren gehen nicht mit ihren tatsächlich realisierten, sondern mit ihren potenziellen Werten in die Produktionsfunktion ein, da das Produktionspotenzial ein mittel- bis langfristiges Konzept darstellt, das von normalen Konjunkturschwankungen nicht beeinflusst wird.

Das in Arbeitsstunden gemessene Arbeitsvolumen setzt sich multiplikativ aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Erwerbsbeteiligungsquote, der strukturellen Arbeitslosenquote und der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen zusammen. Bezüglich der Bevölkerung wird auf die Prognose von Statistik Austria zurückgegriffen. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt demnach die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum 2012 bis 2016 um insgesamt 0.8 %. Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligungsquote (also des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter, die entweder beschäftigt oder als arbeitssuchend registriert sind) wird für den Prognosezeitraum ein Anstieg um 1.5 Prozentpunkte unterstellt. Hinsichtlich der natürlichen, also von normalen Konjunkturschwankungen unabhängigen Arbeitslosenquote geht das Institut davon aus, dass diese in der jüngsten Wirtschaftskrise nicht gestiegen ist und sich gegenwärtig wie auch im gesamten Prognosezeitraum auf etwa 6 ½ % beläuft. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ist seit einigen Jahren tendenziell rückläufig, was insbesondere auf die wachsende Bedeutung der Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. Mittelfristig wird sich nach der Einschätzung des Instituts die trendmäßige Abnahme der Arbeitszeit fortsetzen, da der Dienstleistungssektor an Bedeutung gewinnt, in dem der Anteil an Teilzeitstellen hoch ist. Insgesamt wird für die vorliegende Mittelfristprojektion unterstellt, dass die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen im Jahr 2016 um knapp 1 ½ % niedriger als im Jahr 2011 sein wird. Die genannten Annahmen hinsichtlich der Komponenten implizieren, dass das trendmäßige gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen im Jahr 2016 um 1 ½ % über dem Niveau von 2011 liegen wird, was einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 0.3 % entspricht.

Aufgrund der vorübergehenden Konjunkturschwäche steigen die Anlageinvestitionen im Jahr 2012 nur wenig. Erst mit der erwarteten wirtschaftlichen Belebung werden die Investitionen ab dem Jahr 2013 wieder stärker ausgeweitet. Dies wirkt sich auf den gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock aus. Er dürfte im Jahr 2012 mit 1.3 % weniger als im langjährigen Durchschnitt steigen. Da die Investitionen auch mittelfristig nicht so kräftig expandieren dürften, wie dies bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 der Fall war, wird sich die Wachstumsrate des Kapitalstocks auf einem etwas niedrigeren Niveau als vor der Wirtschaftskrise einpendeln. Das Institut schätzt, dass sich die Zunahme des Kapitalbestands bis zum Jahr 2016 auf gut 1 ½ % beschleunigen wird.

Der technische Fortschritt wird unter anderem von der Erneuerung des Kapitalstocks beeinflusst, da mit der Installation neuer Kapitalgüter in der Regel technologische Weiterentwicklungen verbunden sind. Mit dem starken Rückgang der Investitionen im Zuge der Rezession hat sich die Fortschrittsrate in den Jahren 2008/2009 im Vergleich zu den Jahren davor etwas verlangsamt. In der Aufschwung der Jahre 2010 und 2011 war eine leichte Beschleunigung auf zuletzt $\frac{3}{4}$ % festzustellen. Das Institut geht davon aus, dass sich die jährliche Wachstumsrate des technologischen Fortschritts im Projektionszeitraum normalisiert und sich im Jahr 2016 auf 1 % beläuft.

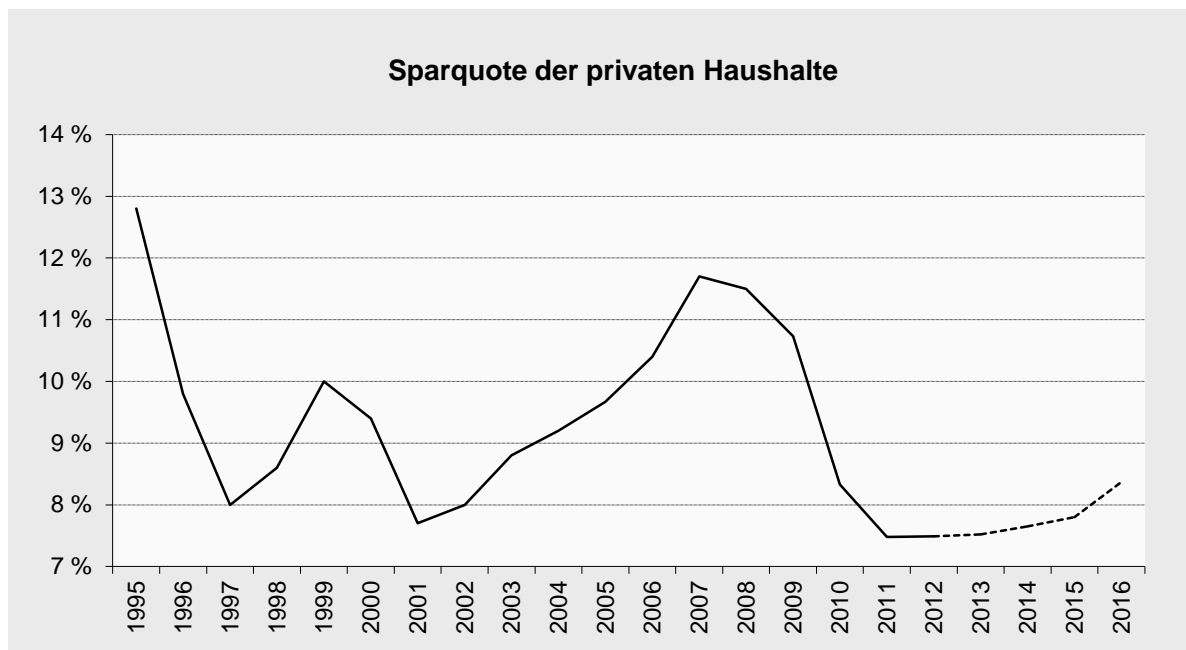
Aus den beschriebenen Annahmen und Projektionen der Produktionsfaktoren ergibt sich, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2011 um $1\frac{1}{2}$ % gestiegen ist. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte sich die Wachstumsrate etwas beschleunigen und im Jahr 2016 $1\frac{3}{4}$ % erreichen. Dies impliziert, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr 2011 etwas unterausgelastet waren. Im Prognosezeitraum sollte das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt stärker als das Produktionspotenzial steigen, sodass die Produktionslücke im Jahr 2016 geschlossen ist.



Im Prognosezeitraum wächst das reale verfügbare Einkommen der Haushalte um durchschnittlich 1.3 % pro Jahr. Hier steht einem durchschnittlichen nominellen Wachstum von 3.2 % eine Inflationsrate des Konsumdeflators von 1.9 % gegenüber. Der **private Konsum** folgt zwar grundsätzlich der Einkommensdynamik, expandiert aber mit real 1.1 % pro Jahr etwas langsamer. Dadurch steigt die **Sparquote der Haushalte** von 7.5 % im Jahr 2011 auf 8.4 % im Jahr 2016.

Auf den markanten Rückgang der Haushaltssparquote in der jüngsten Vergangenheit folgt im Szenario der Prognose eine Phase, in der sie leicht steigt, ohne die Werte der Jahre 2007 bis 2009 auch nur

annähernd zu erreichen. Zwar tendieren die Haushalte mittelfristig dazu, ihre Sparpolster wieder etwas aufzubauen, diesem Ziel steht jedoch die anhaltend mäßige Einkommensdynamik im Weg. Nur in einzelnen Jahren mit stärkeren Einkommenszuwächsen, wie im Jahr 2016, wird der Aufwärtstrend in der Sparquote merkbar.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote ab 1995. Diese Kenngröße bewegt sich in längeren Zyklen zwischen Werten von rund 7 % und 12 %. Dabei sind die Spitzenwerte der Zyklen auch im internationalen Vergleich sehr starke Werte, wogegen die Talsohlen den für andere europäische Länder typischen Werten entsprechen. Die österreichischen Haushalte zählen also in Europa zu den sparsamsten.

Die Expansionsphase des letzten Zyklus in den Jahren 2001 bis 2007 wurde durch die internationale Finanzkrise und die Rezession gebrochen. In der darauf folgenden Kontraktionsphase 2007 bis 2011 stellten die Haushalte ihre Sparziele angesichts der schwachen Einkommensentwicklung vorläufig zurück. Nach Erreichen der Talsohle von rund 7 % beginnt nun ein neuer Zyklus mit zunächst sehr zögernder Expansion.

Tendenziell erweitert eine verstärkte Konsolidierung der öffentlichen Budgets, wie sie jüngst durch den EU-Fiskalpakt festgeschrieben wurde, den Handlungsspielraum des Haushaltssektors, weil sie den Bedarf nach zusätzlichem Sparen zur Abdeckung künftiger Schuldentrückzahlungen durch den Staat verringert. Das Argument der Salden-Identität, nach dem die Diskrepanz zwischen Investitionen und Leistungsbilanz durch das Sparen des Inlandes bestimmt ist, sodass staatliches und privates Sparen einander substituieren, ist jedoch nicht zwingend, da diese Identität keine ökonomischen Reaktionen

beschreibt. So muss eine Umschichtung von öffentlichem zu privatem Konsum nicht neutral auf die Leistungsbilanz wirken.

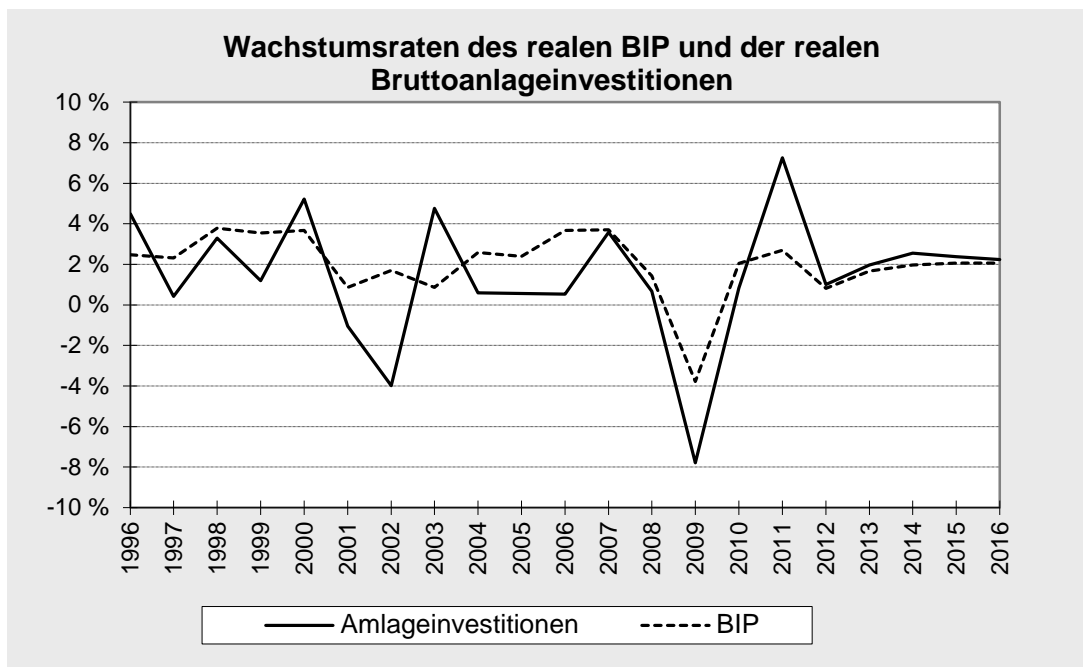
Das vergleichsweise kleine Aggregat **Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit 1.1 % pro Jahr annähernd parallel zum privaten Konsum.

Wie die folgende Abbildung zeigt, schwanken die Investitionen im Konjunkturzyklus deutlich stärker als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Dieser in der Volkswirtschaftstheorie als „Akzelerator-Prinzip“ bekannte Zusammenhang lässt sich damit erklären, dass die Investitionen der Anpassung des tatsächlichen an den aus betriebswirtschaftlicher Sicht optimalen Kapitalstock dienen. Dieser wird von dem erwarteten Absatzvolumen, den Absatzpreisen und den Kapitalnutzungskosten beeinflusst. Während somit der Kapitalbestand vom gesamtwirtschaftlichen Nachfrageniveau abhängt, werden die Investitionen, also die Veränderung des Kapitalstocks, von der Veränderung der Nachfrage bestimmt. Aus diesem Grund brachen die Anlageinvestitionen im Zuge der Wirtschaftskrise 2009 wesentlich stärker als das gesamte Bruttoinlandsprodukt ein und erzielten im Aufschwung 2011 eine deutlich stärkere Wachstumsrate als die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Gestärkt wurde die Investitionstätigkeit in den Jahren 2010 und 2011 von den günstigen Finanzierungsbedingungen, die vor allem auf die niedrigen langfristigen Zinssätze zurückzuführen sind. Über den gesamten Zeitraum 2007 bis 2011 haben die realen Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten) um durchschnittlich 0.8 % zugelegt. Die gesamten **realen Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) stiegen in diesem Fünfjahreszeitraum um 1.1 % pro Jahr. Im Zuge der Wirtschaftskrise sanken die Lagerbestände in den Jahren 2008 und 2009 deutlich, da die Unternehmen die Produktion stark drosselten. Dieser Rückgang wurde in den Folgejahren mehr als ausgeglichen. Dazu trug vor allem bei, dass der Aufschwung im Verlauf des Jahres 2011 zum Erliegen kam, sodass die Nachfrage wiederum zurückging und sich die Unternehmen mit einer ungeplanten Aufstockung der Lagerbestände konfrontiert sahen.

In den kommenden fünf Jahren dürften die Anlageinvestitionen um 2 % und die gesamten Bruttoinvestitionen um 1.8 % pro Jahr ausgeweitet werden. Die Entwicklung wird in erster Linie von den Ausrüstungsinvestitionen getragen, während sich die Bautätigkeit nur zögerlich erholt. Nach dem unerwarteten Lageraufbau in der zweiten Jahreshälfte 2011 reduzieren die Unternehmen ihre Lagerbestände im Jahr 2012. Anschließend werden die Vorratsveränderungen positiv zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Da die Anlageinvestitionen im Zuge der Rezession weitaus stärker als die gesamte Wirtschaftsleistung zurückgingen, ist die Investitionsquote (der Anteil der Anlageinvestitionen am realen Bruttoinlandsprodukt) von 2007 bis 2010 um etwa 1 ¼ Prozentpunkte gefallen. Spiegelbildlich zur Entwicklung in der Rezession erzielten die Bruttoanlageinvestitionen im Aufschwung eine höhere Wachstumsrate als die gesamte Wirtschaftsleistung. Somit stieg die Investitionsquote im Jahr 2011 wieder um knapp einen Prozentpunkt. Im Prognosezeitraum sollte die Investitionsquote weiter zulegen und sich im Jahr 2016 auf 21.2 % belaufen. Damit liegt sie um etwa drei Prozentpunkte niedriger als Mitte der 1990er Jahre.

Im diesem Zeitraum war die Investitionsquote aber durch außergewöhnlich und – wie sich später zeigte – nicht nachhaltig hohe Bauinvestitionen nach oben verzerrt.



Nach dem massiven Einbruch während der Rezession 2009 wurden die realen **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) in den Jahren 2010 und vor allem 2011 kräftig ausgeweitet. Daraus ergibt sich für den Zeitraum 2007 bis 2011 ein Wachstum von 2 ½ % pro Jahr. Dabei waren die Käufe neuer Fahrzeuge wesentlich volatiler als die Investitionen in Maschinen und Geräte. Die Fahrzeuginvestitionen brachen im Jahr 2009 markant ein, wurden aber im Aufschwung 2010 wieder stark ausgeweitet. Dieser Verlauf kann vor allem damit erklärt werden, dass die Konjunktur in Österreich sowohl in der Krise als auch im Aufschwung stark von der Weltwirtschaft und somit von den Ausfuhren bestimmt wurde. Die Abwicklung des internationalen Handels wird zu einem großen Teil mittels LKW abgewickelt, was wiederum eine entsprechende Anpassung des Fuhrparks erfordert.

Im Prognosezeitraum sollten sich die Investitionen allmählich beleben. Während zunächst aufgrund der Unterauslastung der Produktionskapazitäten und der vorherrschenden Unsicherheit im Zusammenhang mit der europäischen Schuldenkrise das Ersatzmotiv im Vordergrund steht, sollte im weiteren Prognosezeitraum im Einklang mit der graduellen Lösung der Schuldenkrise und dem Nachlassen der Unsicherheiten wieder verstärkt in den Ausbau der Produktionskapazitäten investiert werden. Unterstützt wird die Sachkapitalbildung von den niedrigen Finanzierungskosten. Die langfristigen Zinssätze sollten nur allmählich steigen, und die erwartete Stabilisierung der Finanzmärkte erleichtert die Investitionsfinanzierung über die Emission von Aktien und Unternehmensanleihen. Zudem sollten mit der Konjunkturbelebung die Unternehmensgewinne zunehmen, was die Innenfinanzierung begünstigt. Aufgrund der temporären Konjunkturschwäche nehmen die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2012 wohl nur um 1 % zu. Mit der wirtschaftlichen Belebung dürfte sich das Investitionswachstum ab dem

Jahr 2013 aber beschleunigen. Im Zeitraum 2012 bis 2016 sollten die realen Ausrüstungsinvestitionen um 2.4 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Im Vergleich zu den Ausrüstungsinvestitionen stellen sich bei den **realen Bauinvestitionen** sowohl die vergangene Entwicklung als auch die Perspektiven ungünstiger dar. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre gingen die Bauinvestitionen um 0.6 % pro Jahr zurück. Die Wohnbauinvestitionen stagnierten über den gesamten Zeitraum betrachtet, die sonstigen Bauinvestitionen wurden deutlich eingeschränkt. Während die Bauinvestitionen der Unternehmen im Jahr 2009 im Zuge der Wirtschaftskrise einbrachen und sich im Aufschwung 2010 und 2011 erholten, trugen die öffentlichen Investitionen in der Rezession zur Stabilisierung der Bautätigkeit bei. Vor dem Hintergrund der notwendigen Budgetkonsolidierung schränkte die öffentliche Hand aber anschließend ihre Investitionstätigkeit deutlich ein, und auch die ausgegliederten Gesellschaften ÖBB und ASFINAG kündigten an, nicht sämtliche geplanten Investitionsprojekte umzusetzen.

Im Prognosezeitraum sollte sich die gespaltene Entwicklung der Bauinvestitionen fortsetzen. Während der Wohnbau und die Bauinvestitionen der Unternehmen steigen dürften, sind von den öffentlichen Bauinvestitionen kaum Impulse zu erwarten.

Die Baugenehmigungen lassen erwarten, dass die Wohnbauinvestitionen weiterhin ausgeweitet werden. Der Bedarf an Wohnraum steigt durch die zunehmende Wohnbevölkerung. Die Finanzierungsbedingungen bleiben im Prognosezeitraum günstig, da die langfristigen Zinssätze nur allmählich anziehen werden. Die Realeinkommen werden durch die steigende Beschäftigung und die moderate Inflation gestützt. Zudem fördern die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise und die damit verbundenen niedrigen Renditen auf Finanzanlagen die Investitionen in Immobilien. Auch wenn dieser Effekt mit dem erwarteten Nachlassen der Finanzmarkturbulenzen an Bedeutung verliert, bleiben die Rahmenbedingungen alles in allem vorteilhaft für die Wohnbauinvestitionen.

Für die Bauinvestitionen der Unternehmen kann im Prognosezeitraum im Einklang mit der Belebung der Ausrüstungsinvestitionen nach der Überwindung der Konjunkturdelle mit einer Erholung gerechnet werden. Auch in diesem Investitionssegment wirken die Finanzierungsbedingungen stimulierend.

Für die öffentlichen Bauinvestitionen stellen sich die mittelfristigen Aussichten ungünstig dar. Durch das Wirken der automatischen Stabilisatoren und die Konjunkturpakete sind das Budgetdefizit und der Schuldenstand deutlich gestiegen. Die damit notwendig gewordene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte schlägt sich unter anderem darin nieder, dass sich die Gebietskörperschaften bei der Investitionstätigkeit zurückhalten. Gleiches trifft auf die ÖBB und die ASFINAG zu, denn auch der Schuldenstand dieser ausgegliederten Gesellschaften erfordert eine Beschränkung der Bauinvestitionen auf die prioritären Bereiche. Dies dürfte dazu führen, dass geplante Bauvorhaben zeitlich zurückgestellt oder sogar gänzlich aus dem Investitionsprogramm gestrichen werden.

Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen im Zeitraum 2012 bis 2016 um 1.7 % pro Jahr ausgeweitet werden. Damit bleibt die Zunahme der Bauinvestitionen hinter der Ausweitung der Aus-

rüstungsinvestitionen und auch hinter dem Wachstum der gesamten Wirtschaftsleistung zurück. Somit setzt sich der trendmäßige Rückgang des Anteils der Bauinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen und am Bruttoinlandsprodukt fort. Im Jahr 1995 machten die realen Bauinvestitionen noch mehr als 60 % der Bruttoanlageinvestitionen bzw. 14 % der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage aus. Bis 2011 hatten sich diese Anteile auf 50 % bzw. 10 % verringert, und die vorliegende Prognose impliziert bis 2016 einen weiteren Rückgang.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum vom Stabilitätsprogramm der Bundesregierung geprägt. Die beschlossenen Maßnahmen werden mit Unterstützung der ab 2013 günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zu einem weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt 2016 führen. Die gesamtstaatliche Defizitquote wird von 2.6 % im Jahr 2011 auf 0.1 % im Jahr 2016 zurückgehen. Ab 2014 ist auch mit einem Rückgang der Staatsschuldenquote zu rechnen. Gegenüber dem letzten Fünfjahreszeitraum wird die durchschnittliche Defizitquote von 2.6 % auf 1.4 % im Zeitraum 2012 bis 2016 sinken.

Während die Einnahmen aus Produktionsabgaben verglichen mit der Periode 2007 bis 2011 auch im Prognosezeitraum weiterhin durchschnittlich um 3.5 % zunehmen werden, werden die Einnahmen aus direkten Steuern bedeutend stärker wachsen. Das Institut schätzt ihren Anstieg auf durchschnittlich 5.3 % im Prognosezeitraum, verglichen mit einem Wachstum von 3.3 % im vorangegangenen Fünfjahreszeitraum. Dies liegt einerseits an den entstehenden Mehreinnahmen aufgrund der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen (erweiterte Besteuerung von Immobilienveräußerungsgewinnen, Solidarbeitrag, Einschränkung des Vorsteuerabzugs) und andererseits am nur verhaltenen Wachstum der Steuereinnahmen in der letzten Fünfjahresperiode, bedingt durch die Krise und die Steuerreform. Die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen werden sich aufgrund der stabilen Beschäftigungslage mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 3.5 % in gleichem Tempo wie im vergangenen Fünfjahreszeitraum entwickeln. Die Gesamteinnahmen werden mit 4.1 % um durchschnittlich 0.7 Prozentpunkte stärker wachsen als im Zeitraum 2007 bis 2011.

Die Konsolidierungsmaßnahmen schlagen sich auch auf der Ausgabenseite nieder. Während der öffentliche nominelle Konsum 2007 bis 2011 um durchschnittlich 3.6 % gestiegen ist, wird sein durchschnittliches Wachstum im Prognosezeitraum nur 2.1 % betragen. Dies ist hauptsächlich auf Einsparungen im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Aufgrund der geringeren Pensionsanpassungen werden die monetären Sozialleistungen ebenfalls merklich schwächer wachsen. Die durchschnittliche Wachstumsrate wird von 3.7 % in den Jahren 2007 bis 2011 auf 2.3 % im Prognosezeitraum sinken. Dies führt zu einem Rückgang der durchschnittlichen Wachstumsrate der Gesamtausgaben um einen Prozentpunkt auf 2.9 %, verglichen mit dem vorangegangenen Fünfjahreszeitraum.

Die Rückführung des gesamtstaatlichen Haushaltsdefizits ist wichtig, um das Vertrauen der Finanzmärkte aufrecht zu halten und auch zukünftig für günstige Refinanzierungskonditionen zu sorgen. Darüber hinaus ist es unerlässlich, wichtige strukturelle Maßnahmen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit und Finanzausgleich in Angriff zu nehmen, um für eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden zu sorgen. Gleichzeitig sind verstärkt Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Bildung

zu setzen, um zur Erhaltung und zum Ausbau der Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft beizutragen.

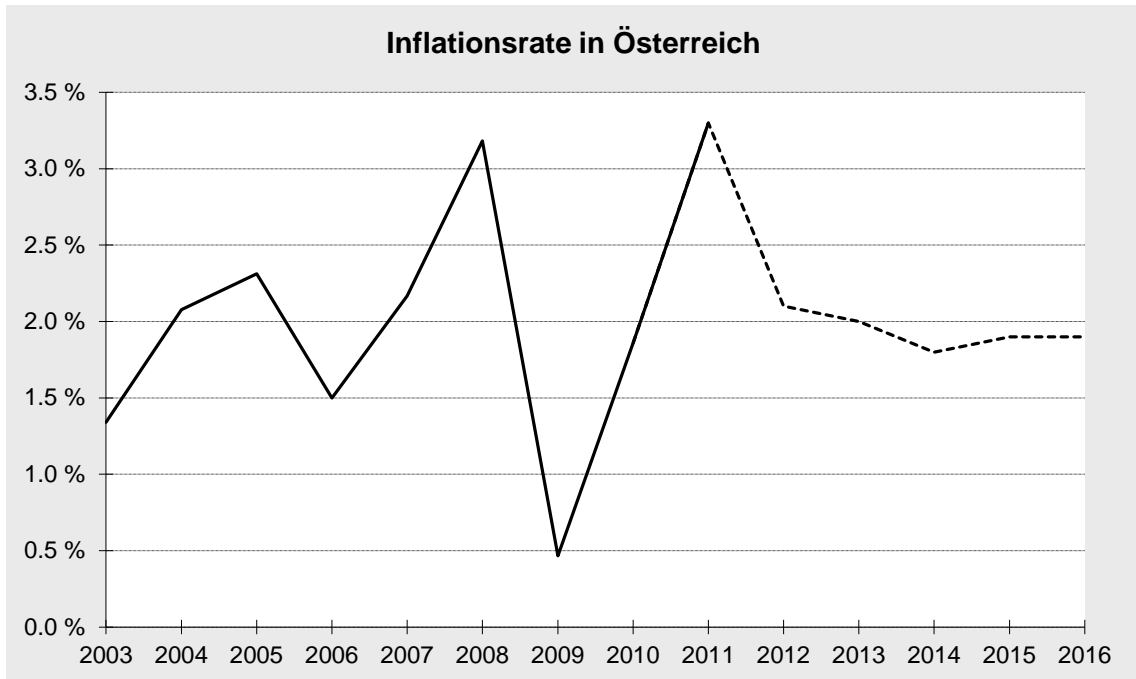
Die sozialpartnerschaftlichen Lohnverhandlungen haben wesentlich zur erfolgreichen Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen. Die Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre haben die Grundlage dafür gelegt, dass die Wirtschaftskrise vergleichsweise mäßige Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen hat und die Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich sehr niedrig ist. Die Lohnprognose fußt auf der Annahme, dass die Lohnverhandlungen auch in Zukunft diesen bewährten sozialpartnerschaftlichen Mustern folgen werden. Dies bedeutet, dass die Lohnabschlüsse weiterhin beschäftigungsfreundlich gestaltet werden und die internationale Wettbewerbsposition Österreichs damit gesichert bleibt. Im Zeitraum 2007 bis 2011 haben die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** um 2.3 % jährlich zugenommen. Seit 2007 haben dadurch die Reallöhne (auf Basis des Deflators des privaten Konsums) um 0.2 % jährlich zugelegt. Seit geraumer Zeit ist das Reallohnwachstum in Österreich etwas hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben. Die Wirtschaftskrise hat jedoch zu einer vorübergehenden Umkehrung der Relation von Produktivitäts- zu Lohnwachstum geführt. Aufgrund des dramatischen Einbruchs der Arbeitsproduktivität im Jahr 2009 betrug das jahresdurchschnittliche Produktivitätswachstum zwischen 2007 und 2011 lediglich 0.1 % und lag somit im Beobachtungszeitraum leicht unter dem Zuwachs der Reallöhne.

Im Prognosezeitraum zeichnet sich ein etwas kräftigeres Lohnwachstum ab. Nach einem verhaltenen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte um etwa 1.9 % im Jahr 2011 sollten die Löhne in den Folgejahren um etwa 3 % pro Jahr zulegen. Das etwas höhere Lohnwachstum begründet sich durch eine steigende Arbeitsproduktivität und die entspannte Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Dennoch geht das Institut davon aus, dass die Reallohnentwicklung zwischen 2012 und 2016 wieder, der langfristigen Tendenz folgend, etwas hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleiben und bei etwa 0.8 % jährlich liegen wird. Die Arbeitnehmerentgelte werden im Jahresdurchschnitt um 2.8 % wachsen.

Die vergangenen fünf Jahre waren von relativ auffälligen Ausschlägen der **Inflationsrate** geprägt. Dafür war neben der konjunkturellen Lage insbesondere die Volatilität der internationalen Rohstoffpreise verantwortlich. Getrieben durch die Dynamik der globalen Energie- und Rohstoffpreise, kletterte der Anstieg der Verbraucherpreise Mitte des Jahres 2008 auf einen langjährigen Höchststand nahe der 4-Prozent-Marke. Im Gefolge der Wirtschaftskrise folgte ein Jahr später sogar eine kurze Phase sinkender Preise im Vorjahresvergleich. 2011 stieg die Inflation abermals an und überschritt im Jahresdurchschnitt die 3-Prozent-Marke. Im Durchschnitt der Periode 2007 bis 2011 ergibt sich schließlich ein jährlicher Anstieg der Verbraucherpreise von 2.2 %.

Im Jahr 2012 ließ der Preisauftrieb im Vergleich zum vergangenen Jahr merklich nach. Für das laufende Jahr erwartet das Institut einen jahresdurchschnittlichen Anstieg des VPI um 2.1 %. Aufgrund der internationalen Rahmenbedingungen dürfte die Inflationsdynamik weiter nachlassen. Das Wirtschaftswachstum bleibt moderat, Rohstoff- und Energiepreise steigen lediglich mäßig und der Wechselkurs bleibt stabil. Die Inflation wird sich daher schrittweise auf Werte unter der 2-Prozent-Marke

zurückbilden. Für den Zeitraum 2012 bis 2016 ergibt sich ein jahresdurchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 1.9 %.



Im internationalen Vergleich hat sich der österreichische **Arbeitsmarkt** von der „großen Rezession“ sehr gut erholt. Allerdings lag die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition 2011 mit 6.7 % noch spürbar über dem Vorkrisenniveau (5.9 % im Jahr 2008). Die Zahl der Arbeitssuchenden (inklusive Schulungsteilnehmer) ist um knapp 50,000 Personen angestiegen. Trotz des Wirtschaftseinbruchs verschlechtert sich die Arbeitsmarktlage 2012 nur wenig. Die Beschäftigungsnachfrage expandiert noch überraschend kräftig, jedoch steigt bereits die Arbeitslosigkeit. Im weiteren Prognosezeitraum stabilisiert sich die Wirtschaftslage. Allerdings bleibt das Wachstum verhalten, somit ist mit keinem markanten Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Laut Prognose wird 2016 die Arbeitslosenquote 6.7 % betragen. Für die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition impliziert das einen Wert von 4.2 %. Nach der erfolgreichen Bewältigung der Wirtschaftskrise muss sich die Arbeitsmarktpolitik wieder den strukturellen Schwächen des österreichischen Arbeitsmarkts zuwenden.

Trotz des Konjunkturunbruchs legt die **Beschäftigung** heuer um voraussichtlich 1.2 % zu. Im weiteren Prognosezeitraum sollte sich die Beschäftigungszunahme etwas verlangsamen. Dieser Entwicklung liegt die Annahme zugrunde, dass die Arbeitsproduktivität wieder etwas anzieht. Die Arbeitsmarktöffnung trug wesentlich zur Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials bei. So wurden in der ersten Jahreshälfte 2012 62 % der neu geschaffenen Stellen von Arbeitnehmern aus den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten besetzt. Der Wegfall dieses Effektes und die demografische Entwicklung dämpfen den Anstieg des Potenzials von Arbeitskräften. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut ein durch-

schnittliches Beschäftigungswachstum von 0.8 %. Im Jahr 2016 sollte die Zahl der Aktiv-Beschäftigten somit um 183,000 Personen über dem Vorkrisenwert von 2008 liegen.

Seit dem Herbst des Vorjahres steigt die Arbeitslosigkeit wieder. Aufgrund der Konjunkturschwäche ist für dieses Jahr mit einem Anstieg der Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** um 12,000 Personen bzw. 5 % zu rechnen. Im Einklang mit der verhaltenen, aber stabilen Konjunktorentwicklung ist für den restlichen Prognosezeitraum eine Stagnation bei den Arbeitslosenzahlen zu erwarten. Am Ende des Beobachtungszeitraums sollte die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition mit 6.7 % wieder den Wert des Jahres 2011 erreichen. Laut Eurostat-Definition impliziert dies eine Quote von 4.2 %.

Im internationalen Vergleich hat die „große Rezession“ am österreichischen Arbeitsmarkt nur geringe Spuren hinterlassen. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass sich die Arbeitslosenquote mit 7 % auf einem für Österreich historisch hohen Niveau befindet. Folglich müssen wieder die strukturellen Probleme ins Zentrum der Aufmerksamkeit der Arbeitsmarktpolitik treten. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich Beschäftigungsgewinne nicht in einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosenzahlen niedergeschlagen haben. Die Arbeitsmarktchancen von gering-qualifizierten Arbeitnehmern werden sich weiter verschlechtern. Es besteht die Gefahr, dass der qualifikatorische Mismatch, also das Auseinanderklaffen von nachgefragten und angebotenen Qualifikationen, weiter zunimmt. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zu Re- und Weiterqualifikation. Im Bereich des „lebenslangen Lernens“ wäre eine gemeinsame Offensive von Betrieben, AMS, Sozialpartnern und Weiterbildungsinstitutionen wünschenswert.

Das duale Ausbildungssystem wird oftmals als internationales Vorbild gesehen. Bei der Jugendbeschäftigung zeigen sich aber vermehrt strukturelle Schwächen. Um am modernen Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein, erfordert es ein Mindestniveau an Basiskompetenzen (Lesen, Rechnen, Grundkenntnisse am Computer). Die PISA-Resultate geben diesbezüglich Anlass zur Sorge. Reformen in der Bildungspolitik erscheinen unumgänglich. Etwa könnte die Frühkindförderung deutlich ausgebaut werden. Ausgaben für eine arbeitsmarktorientierte Bildungspolitik sind längerfristig gesehen sicherlich effizienter als teure Arbeitsmarktprogramme bei Jugendlichen und Erwachsenen. Aber auch im Bereich der Hochschulen sind Reformen notwendig. Österreich als Hochlohn-Standort braucht qualifizierte Arbeitskräfte, die innovative Produkte herstellen.

In Folge der demografischen Entwicklung ist es notwendig, bestehende Aktivierungspotenziale zu nutzen. Diese bestehen insbesondere bei Frauen, bei Älteren und Migranten. Durch innovative Arbeitszeitmodelle, eine Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen und durch die Verringerung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede könnte die Erwerbsquote der Frauen erhöht werden. Zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters sind neben einer weitergehenden Reform der Invaliditätspension verstärkte Anstrengungen zur Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsfähigkeit (Age Management) überlegenswert. Letztlich ist es wohl auch notwendig, qualifizierte Migranten anzuziehen und die Integration von bereits zugewanderten bzw. Personen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt zu stärken.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen liegen in den Industrieländern weiterhin auf historisch niedrigen Niveaus. Anfang Juli hat die EZB ihre Leitzinsen weiter gesenkt, womit der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit 0.75 % auf dem niedrigsten Niveau seit der Euro-Einführung liegt. Im vergangenen Jahr hatte die EZB allerdings schon mit einer Erhöhung ihrer Leitzinsen begonnen. Ausgehend von einem Niveau von 1 % zu Beginn 2011 wurde der Leitzinssatz im April und Juli um jeweils 50 Basispunkte angehoben, bevor er im November und Dezember wieder um jeweils 50 Basispunkte gesenkt wurde. In den Vereinigten Staaten, im Vereinigten Königreich und in Japan lagen die Leitzinsen Mitte Juli unter 1 %, zum Teil faktisch bei Null.

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Jahresende 2007	4	4.25	5.5	2.75	0.5
Jahresende 2008	2.5	0.25	2	0.5	0.1
Jahresende 2009	1	0.25	0.5	0.25	0.1
Jahresende 2010	1	0.25	0.5	0.25	0.1
Jahresende 2011	1	0.25	0.5	0.25	0.1
Durchschnitt 2007-2011	2.25	1.58	2.37	1.14	0.25
18.7.2012	0.75	0.25	0.5	0.25	0.1

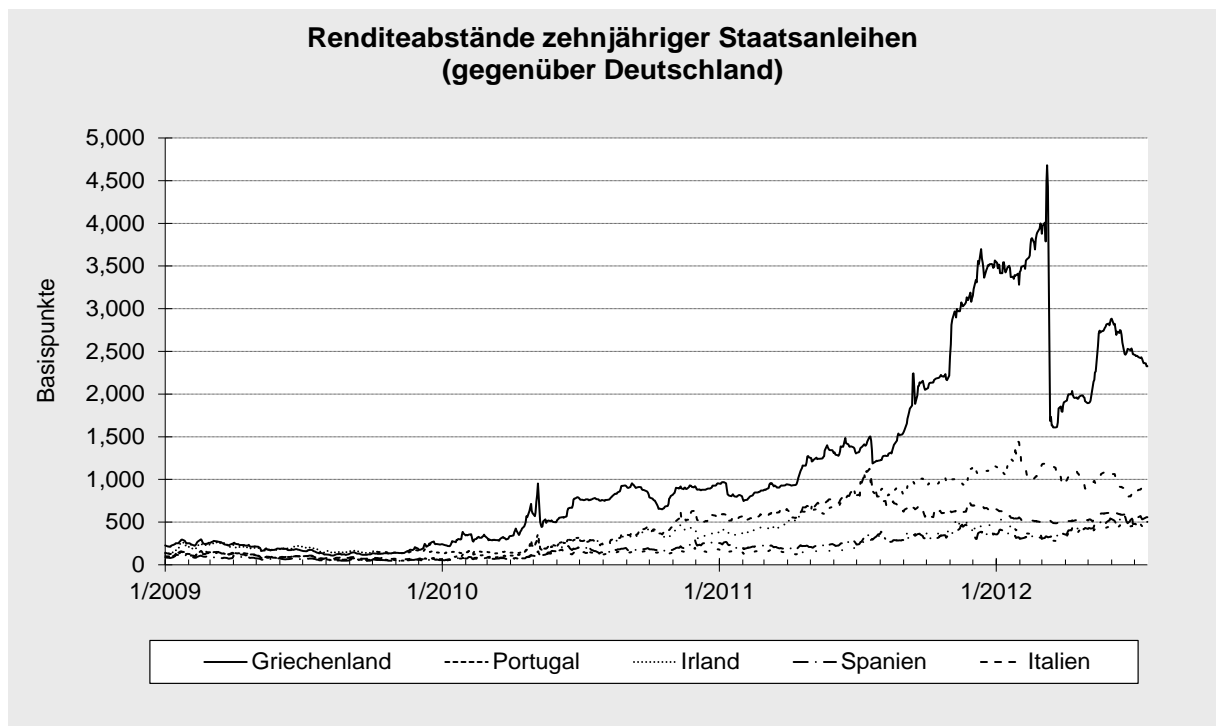
Die EZB hat ihre Sondermaßnahmen zur Erhaltung der Liquidität im Bankensektor sowie zur Stabilisierung der Finanzmärkte fortgesetzt bzw. zum Teil sogar ausgeweitet. In Folge dieser Maßnahmen sind die Euro-Geldmarktsätze mit einer Fristigkeit von drei Monaten in den vergangenen Monaten wieder unter die Leitzinsen gefallen, so wie dies bereits zeitweise 2009 und 2010 der Fall war. In der ersten Jahreshälfte 2012 wurde der 3-Monats-Euribor zu 0.87 % quotiert, nach 1.39 % im vergangenen Jahr und 2.47 % im Durchschnitt 2007 bis 2011.

Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage in einigen Mitgliedsländern sowie der Probleme einiger europäischer Banken erwartet das Institut keine Zinserhöhungen der EZB in naher Zukunft. Das primäre Ziel der geldpolitischen Strategie der EZB ist die Erhaltung der Preisstabilität im Euroraum, wobei mittelfristig ein Anstieg des HVPI im Euroraum von knapp 2 % angepeilt wird. Erschwerend für die Geldpolitik ist momentan die heterogene Konjunkturentwicklung im Euroraum. Im Zeitraum 2007 bis 2011 lag die durchschnittliche Inflation im Euroraum mit 2 % ziemlich genau bei dem EZB-Referenzwert. Von Dezember 2010 bis November 2011 wurden steigende Inflationsraten von deutlich über 2 % verzeichnet, seit Dezember 2011 lässt der Preisauftrieb wieder nach. Im Zeitraum Jänner bis Juni des laufenden Jahres betrug die Inflation im Euroraum durchschnittlich 2.6 %. Das Geldmengenwachstum ist zuletzt etwas gestiegen, liegt jedoch noch deutlich unter dem Durchschnittswert der vergangenen Jahre. Das Wachstum der Geldmenge M3 betrug im Durchschnitt der

Jahre 2007 bis 2011 5.3 %, in den Monaten Jänner bis Mai 2012 belief es sich auf 2.7 %. Insgesamt geht das Institut davon aus, dass die EZB die Leitzinsen im Euroraum nur leicht und voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums anheben wird. Basierend auf dieser Annahme wird für den Zeitraum 2012 bis 2016 ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von 1.2 % erwartet.

Der Aufschlag österreichischer Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren gegenüber deutschen Bundesanleihen der gleichen Laufzeit, welcher zu Jahresbeginn 2009 markant angestiegen und dann wieder zurückgegangen war, ist in der zweiten Jahreshälfte 2011 erneut gestiegen und geht seit Ende 2011 zurück. In der ersten Jahreshälfte 2012 betrug dieser Spread durchschnittlich knapp 100 Basispunkte, während er in den Jahren 2007 bis 2011 etwa 40 bzw. 2009 rund 70 Basispunkte betragen hatte. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3.8 % auf, in der ersten Jahreshälfte 2012 rentierten sie bei durchschnittlich 2 %. Das Institut erwartet einen leichten Anstieg der langfristigen Renditen in Österreich. Für den Prognosezeitraum 2012 bis 2016 wird eine durchschnittliche Rendite von 3.4 % prognostiziert.

Die Unsicherheit bezüglich der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in einigen europäischen Ländern bleibt groß – und damit die Renditespreads gegenüber Deutschland (siehe Grafik). Zudem verstärken in jüngster Zeit Probleme bei einigen europäischen Banken die Zweifel hinsichtlich einer raschen Konsolidierung der Staatshaushalte, insbesondere in Spanien. Insgesamt bleibt somit die Unsicherheit auf den Finanzmärkten weiterhin relativ groß.



TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	257.336 -3.8%	262.613 2.1%	269.694 2.7%	271.906 0.8%	276.443 1.7%	281.893 2.0%	287.701 2.1%	293.648 2.1%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	276.151 -2.3%	286.397 3.7%	300.712 5.0%	309.724 3.0%	320.377 3.4%	332.209 3.7%	345.193 3.9%	358.483 3.9%
DEFLATOR DES BIP (2005=100)	107.312 1.5%	109.056 1.6%	111.501 2.2%	113.909 2.2%	115.893 1.7%	117.849 1.7%	119.983 1.8%	122.079 1.7%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2010=100)	98.174 0.5%	100.000 1.9%	103.300 3.3%	105.469 2.1%	107.579 2.0%	109.515 1.8%	111.596 1.9%	113.716 1.9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	43.189 2.4%	43.745 1.3%	44.587 1.9%	45.836 2.8%	46.753 2.0%	48.108 2.9%	49.600 3.1%	51.187 3.2%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3234.487 -1.5%	3260.013 0.8%	3323.325 1.9%	3363.205 1.2%	3386.747 0.7%	3412.148 0.8%	3439.445 0.8%	3466.272 0.8%
ARBEITSLÖSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.962 0.237	6.957 -0.005	6.946 -0.011	6.818 -0.128	6.707 -0.111

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	0.531	0.884	0.374	0.469	0.626	0.623	0.566	0.612
EIGENKONSUM NON-PROFIT	0.020	0.024	0.009	0.016	0.022	0.014	0.011	0.014
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.114	0.045	0.012	0.092	0.000	0.045	0.089	0.087
INVESTITIONEN	-2.482	0.770	1.995	-0.236	0.510	0.594	0.561	0.520
AUSRÜSTUNGEN	-0.852	0.497	1.026	0.105	0.263	0.349	0.290	0.270
BAUTEN	-0.793	-0.290	0.455	0.104	0.157	0.198	0.219	0.208
STATISTISCHE DIFFERENZ	0.328	-0.091	-0.076	0.011	0.011	0.007	0.011	0.010
EXPORTE I.W.S.	-9.166	4.487	3.965	1.838	3.356	3.445	3.552	3.594
WAREN	-7.777	4.117	3.343	1.354	2.688	2.900	2.935	3.009
Dienstleistungen	-1.384	0.374	0.619	0.481	0.668	0.549	0.620	0.591
IMPORTE I.W.S.	6.872	-4.069	-3.583	-1.370	-2.856	-2.757	-2.730	-2.770
WAREN	5.867	-3.516	-3.253	-1.156	-2.463	-2.362	-2.347	-2.417
Dienstleistungen	1.003	-0.568	-0.341	-0.216	-0.395	-0.397	-0.386	-0.358
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-3.783	2.051	2.696	0.820	1.668	1.972	2.060	2.067

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
INVESTITIONSQUOTE	20.189	19.947	20.832	20.869	20.930	21.050	21.116	21.151
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.876	-0.242	0.885	0.037	0.061	0.120	0.066	0.034
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.	4.8	4.4	4.2	4.4	4.4	4.4	4.3	4.2
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1.0	-0.4	-0.2	0.2	0.0	0.0	-0.1	-0.1
REALZINSSATZ	2.412	1.534	1.038	0.481	1.388	1.712	1.889	2.253
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.105	-0.878	-0.496	-0.557	0.907	0.324	0.177	0.364
REALLÖHNE, BRUTTO	40.225	39.971	39.294	39.525	39.563	39.991	40.462	40.978
JE AKTIV BESCH.	2.1%	-0.6%	-1.7%	0.6%	0.1%	1.1%	1.2%	1.3%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT	7.956	8.056	8.115	8.085	8.162	8.261	8.365	8.472
JE AKTIV BESCH.	-2.3%	1.3%	0.7%	-0.4%	1.0%	1.2%	1.3%	1.3%
ÖFF. DEFIZIT MAASTRICHT	-4.1	-4.5	-2.6	-2.9	-2.1	-1.1	-0.7	-0.1
IN PROZENT DES BIP	-3.2	-0.4	1.9	-0.3	0.8	0.9	0.5	0.6
ABSOLUTE DIFFERENZEN								

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	147.321 1.3%	152.657 3.6%	159.393 4.4%	164.366 3.1%	169.499 3.1%	174.620 3.0%	179.896 3.0%	185.513 3.1%
EIGENKONSUM NON-PROFIT	4.039 4.5%	4.143 2.6%	4.223 1.9%	4.355 3.1%	4.497 3.3%	4.629 2.9%	4.757 2.8%	4.900 3.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	54.577 3.4%	55.528 1.7%	56.600 1.9%	58.362 3.1%	58.887 0.9%	59.861 1.7%	61.303 2.4%	62.780 2.4%
BRUTTOINVESTITIONEN	58.129 -9.8%	61.866 6.4%	69.782 12.8%	70.320 0.8%	73.194 4.1%	76.300 4.2%	79.576 4.3%	82.773 4.0%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	25.332 -8.4%	27.086 6.9%	30.366 12.1%	30.977 2.0%	32.148 3.8%	33.574 4.4%	34.895 3.9%	36.196 3.7%
BAUINVESTITIONEN	31.817 -5.0%	31.693 -0.4%	34.084 7.5%	35.286 3.5%	36.603 3.7%	38.044 3.9%	39.659 4.2%	41.342 4.2%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.349 -0.353	0.184 0.533	0.725 0.540	0.763 0.038	0.801 0.038	0.843 0.042	0.900 0.057	0.958 0.059
INLANDSNACHFRAGE	263.718 -1.0%	274.378 4.0%	290.723 6.0%	298.166 2.6%	306.879 2.9%	316.254 3.1%	326.431 3.2%	336.925 3.2%
EXPORTE I.W.S.	138.253 -17.5%	154.950 12.1%	172.283 11.2%	181.245 5.2%	195.085 7.6%	209.834 7.6%	225.229 7.3%	241.463 7.2%
IMPORTE I.W.S.	125.820 -16.8%	142.931 13.6%	162.294 13.5%	169.686 4.6%	181.586 7.0%	193.879 6.8%	206.468 6.5%	219.905 6.5%
B I P ZU MARKTPREISEN	276.151 -2.3%	286.397 3.7%	300.712 5.0%	309.724 3.0%	320.377 3.4%	332.209 3.7%	345.193 3.9%	358.483 3.9%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	137.212 1.0%	139.488 1.7%	140.470 0.7%	141.734 0.9%	143.435 1.2%	145.156 1.2%	146.753 1.1%	148.514 1.2%
EIGENKONSUM NON-PROFIT	3.791 1.4%	3.854 1.7%	3.878 0.6%	3.921 1.1%	3.979 1.5%	4.019 1.0%	4.049 0.8%	4.090 1.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	49.499 0.6%	49.616 0.2%	49.647 0.1%	49.896 0.5%	49.896 0.0%	50.020 0.3%	50.270 0.5%	50.522 0.5%
BRUTTOINVESTITIONEN	52.658 -11.2%	54.639 3.8%	59.879 9.6%	59.243 -1.1%	60.630 2.3%	62.273 2.7%	63.855 2.5%	65.351 2.3%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	24.300 -8.6%	25.579 5.3%	28.274 10.5%	28.557 1.0%	29.271 2.5%	30.237 3.3%	31.053 2.7%	31.830 2.5%
BAUINVESTITIONEN	27.643 -7.1%	26.895 -2.7%	28.091 4.4%	28.372 1.0%	28.798 1.5%	29.345 1.9%	29.961 2.1%	30.560 2.0%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	1.002 0.876	0.768 -0.233	0.569 -0.200	0.599 0.030	0.629 0.030	0.649 0.020	0.679 0.030	0.709 0.030
INLANDSNACHFRAGE	243.737 -1.8%	248.042 1.8%	254.264 2.5%	255.252 0.4%	258.449 1.3%	262.017 1.4%	265.599 1.4%	269.179 1.3%
EXPORTE I.W.S.	132.547 -15.6%	144.093 8.7%	154.505 7.2%	159.462 3.2%	168.587 5.7%	178.109 5.6%	188.122 5.6%	198.461 5.5%
IMPORTE I.W.S.	119.374 -13.3%	129.845 8.8%	139.254 7.2%	142.948 2.7%	150.713 5.4%	158.333 5.1%	166.028 4.9%	173.998 4.8%
B I P ZU MARKTPREISEN	257.336 -3.8%	262.613 2.1%	269.694 2.7%	271.906 0.8%	276.443 1.7%	281.893 2.0%	287.701 2.1%	293.648 2.1%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
PRIVATER KONSUM	107.367 0.3%	109.441 1.9%	113.471 3.7%	115.968 2.2%	118.171 1.9%	120.298 1.8%	122.584 1.9%	124.913 1.9%
ÖFFENTLICHER KONSUM	110.260 2.8%	111.916 1.5%	114.004 1.9%	116.968 2.6%	118.021 0.9%	119.673 1.4%	121.947 1.9%	124.264 1.9%
BRUTTOINVESTITIONEN	110.389 1.5%	113.227 2.6%	116.539 2.9%	118.699 1.9%	120.723 1.7%	122.526 1.5%	124.619 1.7%	126.659 1.6%
AUSRÜSTUNGS- INVESTITIONEN	104.248 0.2%	105.893 1.6%	107.400 1.4%	108.473 1.0%	109.829 1.3%	111.038 1.1%	112.370 1.2%	113.718 1.2%
BAUINVESTITIONEN	115.102 2.3%	117.839 2.4%	121.334 3.0%	124.367 2.5%	127.103 2.2%	129.645 2.0%	132.368 2.1%	135.280 2.2%
INLANDSNACHFRAGE	108.197 0.8%	110.617 2.2%	114.339 3.4%	116.812 2.2%	118.739 1.6%	120.699 1.7%	122.904 1.8%	125.168 1.8%
EXPORTE I.W.S.	104.305 -2.2%	107.535 3.1%	111.506 3.7%	113.660 1.9%	115.718 1.8%	117.812 1.8%	119.725 1.6%	121.667 1.6%
IMPORTE I.W.S.	105.400 -4.0%	110.078 4.4%	116.545 5.9%	118.705 1.9%	120.485 1.5%	122.450 1.6%	124.357 1.6%	126.383 1.6%
B I P ZU MARKTPREISEN	107.312 1.5%	109.056 1.6%	111.501 2.2%	113.909 2.2%	115.893 1.7%	117.849 1.7%	119.983 1.8%	122.079 1.7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	96.901 -20.2%	111.505 15.1%	124.810 11.9%	131.443 5.3%	142.169 8.2%	154.060 8.4%	166.222 7.9%	179.176 7.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	28.998 -12.7%	30.908 6.6%	34.413 11.3%	36.678 6.6%	39.376 7.4%	41.770 6.1%	44.522 6.6%	47.343 6.3%
REISEVERKEHR	12.354 -4.6%	12.538 1.5%	13.061 4.2%	13.123 0.5%	13.540 3.2%	14.004 3.4%	14.484 3.4%	14.944 3.2%
EXPORTE I.W.S.	138.253 -17.5%	154.950 12.1%	172.283 11.2%	181.245 5.2%	195.085 7.6%	209.834 7.6%	225.229 7.3%	241.463 7.2%
WARENIMPORTE	99.805 -18.4%	114.695 14.9%	131.772 14.9%	138.103 4.8%	148.235 7.3%	158.433 6.9%	169.010 6.7%	180.294 6.7%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	19.325 -14.4%	21.557 11.5%	23.847 10.6%	24.808 4.0%	26.389 6.4%	28.197 6.9%	29.981 6.3%	31.882 6.3%
REISEVERKEHR	6.690 3.7%	6.679 -0.2%	6.676 -0.1%	6.775 1.5%	6.963 2.8%	7.250 4.1%	7.476 3.1%	7.728 3.4%
IMPORTE I.W.S.	125.820 -16.8%	142.931 13.6%	162.294 13.5%	169.686 4.6%	181.586 7.0%	193.879 6.8%	206.468 6.5%	219.905 6.5%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE I.T. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	92.982 -18.3%	103.577 11.4%	112.357 8.5%	116.008 3.3%	123.317 6.3%	131.332 6.5%	139.606 6.3%	148.262 6.2%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	27.838 -10.0%	28.785 3.4%	30.395 5.6%	31.838 4.8%	33.510 5.3%	34.850 4.0%	36.419 4.5%	37.966 4.3%
REISEVERKEHR	11.737 -5.0%	11.751 0.1%	11.767 0.1%	11.620 -1.3%	11.765 1.3%	11.941 1.5%	12.120 1.5%	12.272 1.3%
EXPORTE I.W.S.	132.547 -15.6%	144.093 8.7%	154.505 7.2%	159.462 3.2%	168.587 5.7%	178.109 5.6%	188.122 5.6%	198.461 5.5%
WARENIMPORTE	95.782 -14.1%	104.830 9.4%	113.372 8.1%	116.490 2.8%	123.188 5.8%	129.717 5.3%	136.332 5.1%	143.285 5.1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	17.552 -13.8%	19.121 8.9%	20.311 6.2%	20.921 3.0%	21.925 4.8%	22.912 4.5%	23.943 4.5%	24.900 4.0%
REISEVERKEHR	6.024 2.3%	5.918 -1.8%	5.624 -5.0%	5.596 -0.5%	5.666 1.3%	5.778 2.0%	5.836 1.0%	5.909 1.3%
IMPORTE I.W.S.	119.374 -13.3%	129.845 8.8%	139.254 7.2%	142.948 2.7%	150.713 5.4%	158.333 5.1%	166.028 4.9%	173.998 4.8%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2005 = 100)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
WARENEXPORTE	104.215 -2.3%	107.654 3.3%	111.083 3.2%	113.305 2.0%	115.288 1.8%	117.305 1.8%	119.065 1.5%	120.851 1.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104.170 -3.0%	107.376 3.1%	113.219 5.4%	115.200 1.8%	117.504 2.0%	119.854 2.0%	122.252 2.0%	124.697 2.0%
REISEVERKEHR	105.259 0.4%	106.693 1.4%	111.000 4.0%	112.942 1.8%	115.088 1.9%	117.275 1.9%	119.503 1.9%	121.774 1.9%
EXPORTE I.W.S.	104.305 -2.2%	107.535 3.1%	111.506 3.7%	113.660 1.9%	115.718 1.8%	117.812 1.8%	119.725 1.6%	121.667 1.6%
WARENIMPORTS	104.201 -5.0%	109.411 5.0%	116.229 6.2%	118.554 2.0%	120.332 1.5%	122.137 1.5%	123.969 1.5%	125.829 1.5%
IMPORTS VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	110.102 -0.7%	112.741 2.4%	117.407 4.1%	118.582 1.0%	120.360 1.5%	123.068 2.3%	125.222 1.8%	128.040 2.3%
REISEVERKEHR	111.042 1.3%	112.865 1.6%	118.700 5.2%	121.074 2.0%	122.890 1.5%	125.471 2.1%	128.106 2.1%	130.796 2.1%
IMPORTS I.W.S.	105.400 -4.0%	110.078 4.4%	116.545 5.9%	118.705 1.9%	120.485 1.5%	122.450 1.6%	124.357 1.6%	126.383 1.6%
PX/IPM*100	98.961 1.9%	97.690 -1.3%	95.676 -2.1%	95.750 0.1%	96.043 0.3%	96.212 0.2%	96.275 0.1%	96.269 0.0%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100.013 2.8%	98.394 -1.6%	95.573 -2.9%	95.573 0.0%	95.808 0.2%	96.044 0.2%	96.044 0.0%	96.044 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
IMPORTQUOTE, GESAMT	45.562	49.907	53.970	54.786	56.679	58.361	59.812	61.343
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-7.949	4.345	4.063	0.816	1.893	1.682	1.452	1.531
IMPORTQUOTE, GÜTER	36.142	40.048	43.820	44.589	46.269	47.691	48.961	50.294
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-7.102	3.906	3.772	0.769	1.680	1.422	1.270	1.332
EXPORTQUOTE, GESAMT	50.064	54.103	57.292	58.518	60.892	63.163	65.247	67.357
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-9.203	4.039	3.188	1.226	2.374	2.271	2.084	2.109
EXPORTQUOTE, GÜTER	35.090	38.934	41.505	42.439	44.376	46.375	48.153	49.982
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-7.851	3.844	2.571	0.934	1.937	1.999	1.779	1.828

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5414.200 0.3%	5429.692 0.3%	5454.072 0.4%	5470.802 0.3%	5482.072 0.2%	5491.340 0.2%	5499.461 0.1%	5502.048 0.0%
ERWERBSQUOTE	74.248 -0.2%	74.358 0.1%	75.211 1.1%	75.978 1.0%	76.381 0.5%	76.862 0.6%	77.269 0.5%	77.756 0.6%
ERWERBSPERSONEN	4019.960 0.1%	4037.420 0.4%	4102.050 1.6%	4156.602 1.3%	4187.240 0.7%	4220.744 0.8%	4249.388 0.7%	4278.171 0.7%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3539.515 -0.1%	3537.977 0.0%	3562.561 0.7%	3580.698 0.5%	3596.938 0.5%	3612.733 0.4%	3629.217 0.5%	3645.596 0.5%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	480.445 1.1%	499.443 4.0%	539.489 8.0%	575.904 6.8%	590.302 2.5%	608.011 3.0%	620.171 2.0%	632.574 2.0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	420.600 1.1%	426.400 1.4%	433.600 1.7%	437.936 1.0%	444.505 1.5%	451.173 1.5%	455.684 1.0%	460.241 1.0%
ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3599.360 0.0%	3611.020 0.3%	3668.450 1.6%	3718.666 1.4%	3742.735 0.6%	3769.571 0.7%	3793.704 0.6%	3817.929 0.6%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	3234.487 -1.5% 104.563 -1.0%	3260.013 0.8% 100.225 -4.1%	3323.325 1.9% 98.423 -1.8%	3363.205 1.2% 96.553 -1.9%	3386.747 0.7% 95.587 -1.0%	3412.148 0.8% 95.587 0.0%	3439.445 0.8% 95.587 0.0%	3466.272 0.8% 95.587 0.0%
ARBEITSLOSE	260.309 22.6%	250.782 -3.7%	246.702 -1.6%	258.909 4.9%	260.401 0.6%	261.836 0.6%	258.671 -1.2%	256.070 -1.0%
ARBEITSLSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	7.232 1.338	6.945 -0.287	6.725 -0.220	6.962 0.237	6.957 -0.005	6.946 -0.011	6.818 -0.128	6.707 -0.111

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	276.151 -2.3%	286.397 3.7%	300.712 5.0%	309.724 3.0%	320.377 3.4%	332.209 3.7%	345.193 3.9%	358.483 3.9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	139.693 0.9%	142.609 2.1%	148.178 3.9%	154.155 4.0%	158.339 2.7%	164.153 3.7%	170.595 3.9%	177.428 4.0%
BRUTTOBETRIEBERSÜBER- SCHUSS/SELBST.EINK	106.577 -7.0%	112.931 6.0%	120.652 6.8%	122.539 1.6%	127.456 4.0%	131.848 3.4%	136.724 3.7%	141.516 3.5%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	29.881 0.7%	30.857 3.3%	31.882 3.3%	33.030 3.6%	34.583 4.7%	36.208 4.7%	37.874 4.6%	39.540 4.4%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.658 304.0%	-0.667 -74.9%	-1.027 54.1%	-0.873 -15.0%	-0.873 0.0%	-0.873 0.0%	-0.873 0.0%	-0.873 0.0%
ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	44.517 2.4%	45.799 2.9%	47.565 3.9%	49.468 4.0%	51.323 3.8%	53.376 4.0%	55.244 3.5%	57.178 3.5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	228.976 -4.0%	239.931 4.8%	252.120 5.1%	259.383 2.9%	268.181 3.4%	277.960 3.6%	289.076 4.0%	300.433 3.9%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-2.279 18.8%	-2.571 12.8%	-2.499 -2.8%	-2.549 2.0%	-2.600 2.0%	-2.652 2.0%	-2.705 2.0%	-2.759 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	226.696 -4.2%	237.360 4.7%	249.621 5.2%	256.835 2.9%	265.581 3.4%	275.308 3.7%	286.371 4.0%	297.674 3.9%

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Helmut Hofer, Christian Keuschnigg,
Robert M. Kunst, Philip Schuster, Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner,
Klaus Weyerstraß

Titel: Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2012-2016

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 73

Redaktion: Isabella Andrej

© 2012 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
